



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

SICHTWEISEN RUSSISCHER AUSSENPOLITIK

| | |
|---|----|
| ■ ANALYSEN | |
| It's all psychology! Die Beziehungen zwischen Russland und der EU Jens Siegert, Moskau | 2 |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT | |
| Russlands Außenpolitik im Spiegel von Umfragen | 5 |
| Hauptgefahren für Russland | 5 |
| Freunde und Feinde Russlands | 6 |
| Dmitrij Medwedjew und die russische Außenpolitik | 7 |
| NATO-Erweiterung und Russlands Sicherheit | 8 |
| Westliche Kritik an Russland | 9 |
| ■ KOMMENTAR | |
| Dimitri Medwedjew spielt auf Zeit: Russland und die amerikanische Raketenabwehr Marc Oprach, Hamburg | 10 |
| ■ ANALYSE | |
| Wahlmanöver statt Großmachtstreben? Eine alternative Interpretation der russischen Außenpolitik des Jahres 2007 Franz Preißler, Frankfurt am Main | 12 |
| ■ DOKUMENTATION | |
| Die Entwicklung der russischen Militärausgaben im Vergleich 1988–2007 | 15 |
| Internationale Bewertung der wichtigsten Politiker (Juni 2008) – Bush und Putin | 18 |
| ■ CHRONIK | |
| Vom 10. bis zum 26. Juni 2007 | 20 |
| ■ LESEHINWEIS | |
| Abstracts der Beiträge aus Osteuropa 4–5/2008 mit Russlandbezug | 21 |



Analysen

It's all psychology!

Die Beziehungen zwischen Russland und der EU

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

Das Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union leidet gegenwärtig unter einer Reihe von Unverständnissen, die oft zu Missverständnissen führen. Viele Russen sind davon überzeugt, dass Russland zu seiner alten Stärke zurückgefunden hat, während sie die EU nach der Erweiterung in einer existenziellen Krise sehen. Russland ist ein wenig reicher und sehr viel selbstbewusster geworden. Die EU wurde viel größer, aber auch viel unsicherer. Das Problem ist aber gar nicht so sehr Russlands Stärke, sondern dass Russland noch immer zu schwach ist, um ein verlässlicher Partner sein zu können. Andererseits ist die EU ein Werteimperium mit einer enormen, oft unterschätzten Anziehungskraft. Diese Kraft wirkt auch in der unmittelbaren russischen Nachbarschaft.

Russland ist weder ein Freund noch ein Feind der EU. Die russische Außenpolitik ist, vielleicht abgesehen von der Energiepolitik bis heute weniger aktiv als reaktiv. Aber solange es keine kohärente Russlandpolitik der EU gibt, wird Russland in der Lage sein, daraus immer wieder taktische und manchmal auch strategische Vorteile zu ziehen.

Gemeinsamkeiten und Gegensätze

Angeblich haben Staaten keine Freunde, nur Interessen. Sollte das stimmen, spricht vieles für eine enge Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU. Es ist auch nicht schwer, diese gemeinsamen Interessen in zahlreichen Äußerungen von PolitikerInnen aus der EU und aus Russland zu entdecken: der ständig steigende Handel, Flüchtlingsfragen, Grenzregime, Bildung, Kampf gegen internationales Verbrechen, Drogenschmuggel und Frauenhandel, Forschung oder Anti-Terrormaßnahmen. In all diesen und vielen anderen Bereichen kooperieren die EU und Russland auf einer alltäglichen Basis. Aber es ist mindestens ebenso leicht, Trennendes zu finden. Interessanterweise findet sich darunter nur wenig Neues. Die meisten Konflikte bestehen mindestens seit Ende der 1990er Jahre: Kosovo, die NATO-Osterweiterung, das Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte in Europa oder die Beziehungen zur gemeinsamen Nachbarschaft im Osten.

Die EU-Russlandbeziehungen haben sich also unter Putin kaum geändert? Doch. Damals in den 1990ern war Russland ein eher schwaches Land und die EU träumte davon eine Art »zivile Supermacht« zu werden. Heute dagegen sind die meisten Russen und ihre Regierung davon überzeugt, dass Russland (fast) zu alter Stärke zurückgefunden hat, während sie die EU nach der Erweiterung in einer existenziellen Krise sehen. Russland ist ein wenig reicher und sehr viel selbstbewusster geworden. Die EU wurde viel größer, aber auch viel unsicherer.

Das Problem ist gegenwärtig auch gar nicht so sehr Russlands Stärke, sondern dass Russland noch immer zu schwach ist, um ein verlässlicher Partner sein zu können. Auch deshalb schikaniert es seine Nachbarn und deshalb sehen seine neoimperialistischen Versuche oft so unbeholfen aus.

Viele der Streitpunkte haben damit zu tun, dass die EU »östlicher« geworden ist. Die neuen EU-Mitglieder (und ihre »Mitgliedschaft« im Westen hat ja schon mit dem NATO-Beitritt vor mehr als 10 Jahren begonnen) in Mittelosteuropa mit ihrer langen Erfahrung als »russische« Kolonien oder eines Lebens unter »russischer« Herrschaft halten eine (historisch gerechten, aber nicht immer praktischen) Zorn gegen die vormaligen Unterdrücker. »Östlicher« werden heißt für die EU zudem, näher an jene Gegend Europas zu rücken, die Russland, gerechtfertigter- oder ungerechtfertigterweise als sein »vitaleres Interessensgebiet« betrachtet. Das allein macht Konflikte erheblich wahrscheinlicher.

Die Macht der Psychologie

Das vergangene Jahrzehnt hat – z. B. in den Beziehungen zu China – gezeigt, dass man auch ohne gute politische Beziehungen durchaus erfolgreich Handel treiben kann. »Vorteil Russland« könnte man sagen, denn der Kreml will gar nicht mehr als Beijing schon hat. Aber auch die EU könnte sich, wären die meisten ihrer Mitgliedsländern nicht so kleinmütig, einen Vorteil daraus ziehen, weil das heißt, dass die Einforderung demokratischer Reformen, die Kritik von Menschenrechtsverletzungen und die Unterstützung

demokratischer Entwicklungen dem Geldbeutel nicht unbedingt weh tun. Zudem ist das russische Interesse am Öl- und Gas-Flow in die eine und am Cash-Flow in die andere Richtung groß. Trotz des wirtschaftlichen Erfolgs bleibt Russland ein eher armes Land mit einer Rohstoff-abhängigen Wirtschaft, fragilen und korrupten Staatsstrukturen und einem Durchschnittseinkommen weit unter dem der EU. Das wird auch noch eine ganze Weile so bleiben. Russland braucht die EU also mindestens ebenso sehr wie diese Russland. Es braucht die EU als zahlungskräftigen, zahlungswilligen und zuverlässigen Kunden für Öl und Gas. Und es braucht die EU als Partnerin für die Modernisierung des Landes. Die übergroße Bewunderung des russischen Wirtschaftswunders im Westen wurzelt mehr in Hoffnung und purer Gier als in kühlen und rationalen Überlegungen.

Bill Clinton wurde 1998 mit der Losung »it's the economy, stupid!« US-Präsident. Für die EU-Russlandpolitik gilt: »It's all psychology, stupid!« Es ist schlicht falsch, dass Russland heute stark ist und die EU schwach. Es ist falsch, dass Russland einfach Gas und Öl in andere Weltgegenden verkaufen könnte und die EU auf seine Gnade angewiesen ist. Russlands »Stärke« ist mehr eine Folge der europäischen Selbstkasteiung und der relativen Schwäche des Westens insgesamt. Der Westen hat Russland in den 1990er Jahren unterschätzt und überschätzt heute die Möglichkeiten des Landes. Interessanterweise haben die meisten Russen in den 1990ern und heute dasselbe getan. Diese beiden Wellen produzieren heftige Interferenzen. Vielleicht ist dieses Münchhausen-Kunststück, mit dem Russland sich von einem kollabierenden Imperium zu einem Mitglied im Club der neu aufsteigenden Großmächte neben China, Indien und Brasilien umgelogen hat, der größte Erfolg der Präsidentschaft Putin.

Die Last der Geschichte

Es waren in erster Linie ihre historischen Erfahrungen mit Russland und Deutschland, die Polen, Tschechien und die baltischen Staaten nach Ende des Kalten Kriegs anspornten, energisch erst in die NATO und dann in die EU zu drängen. Doch führte diese europäische Wiedervereinigung zu einer neuen Trennungslinie in Europa, nun etwas weiter im Osten. Jenseits und diesseits dieser Linie wird unterschiedlich interpretiert, was geschah als der Kalte Krieg zu Ende ging. Die meisten EU-Bürger würden wohl von einem Sieg der Freiheit sprechen. In Russland wird diese Sicht aber nur von einer Minderheit geteilt. Die meisten Menschen dort begreifen das Ende der Sowjetunion heute als eine Niederlage, die eine enorme narzisstische Kränkung hinterlassen hat. Freiheit assoziieren sie vor allem mit dem »Chaos« der Jelzin-Jahre.

Die politische Elite Russlands hat viel dafür getan, dass das Land heute im Westen erneut vorsichtig und skeptisch angesehen wird. Doch der bei vielen Menschen in Russland vorherrschende Eindruck, man sei in der EU nicht recht willkommen, hat durchaus handfeste Gründe. Die NATO soll einst ja gegründet worden sein, um »die Amerikaner drin [in Europa] zu halten, die Russen draußen und die Deutschen unten«. Zynisch gesprochen, dient die EU einigen der neuen Mitglieder dem gleichen Zweck. Das alles entschuldigt keine Demokratiedefizite in Russland, aber es erklärt viele Reaktionen der Menschen dort auf Kritik aus dem Westen und es macht es dem Kreml einfach, die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Es gibt noch einen anderen historischen Widerspruch zwischen Russland und der EU, der die gegenseitige Verständigung schwierig macht. Das jeweilige Verständnis von Staatlichkeit und Nation beziehen sich auf unterschiedliche historische Traumata. Sie unterscheiden sich grundsätzlich, ja schließen sich eigentlich sogar aus. Nur ganz kurz:

- Die EU ist die Antwort auf 300 Jahre europäischen Bürgerkrieg, der, unter deutscher Führung, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Katastrophe führte. Die Antwort darauf heißt, dass Europa nur überleben kann, wenn die europäischen Nationen, die großen voran, freiwillig einen Teil ihrer Souveränität abgeben. Das funktioniert nun schon über 50 Jahre in den Augen der meisten EU-Bürger recht gut.
- Russland dagegen leidet immer noch am Zusammenbruch der Sowjetunion (sprich: des »russischen Imperiums«). Und es gibt eine virulente Furcht, dass mit Russland das Gleiche passieren könnte. Putins Rezept dagegen ist die Konzentration von Souveränität in einem Zentrum, praktisch in einer Hand. Die meisten Russen sind heute davon überzeugt, dass Putin der richtige Arzt mit der richtigen Therapie war.

Diese beiden Konzeptionen unterscheiden sich aber nicht nur, sie bedrohen sich gegenseitig. Die EU verspricht ihren Nachbarn aktiv und durch ihre schiere Existenz, dass der Weg zu ihr auf die satte und sichere Seite des Lebens führt. Sie ist ein Werteimperium mit einer enormen, oft unterschätzten Anziehungskraft. Diese Kraft wirkt auch in der unmittelbaren russischen Nachbarschaft.-

Wie sollte man nun mit diesem Russland umgehen?

Russland ist weder ein Freund noch ein Feind der EU. Die russische Außenpolitik ist, vielleicht mit der Ausnahme der Energiepolitik bis heute weniger aktiv als reaktiv. Aber solange es keine kohärente Russlandpoli-

tik der EU gibt, wird Russland in der Lage sein, daraus immer wieder taktische und manchmal auch strategische Vorteile zu ziehen.

Die EU hat drei strategische Optionen:

- Strategische Partnerschaft
- Selektive Partnerschaft
- Eindämmung (Containment)

Keine dieser Optionen gibt eine befriedigende Antwort. Russland ist heute kein ideologischer Gegner des Westens mehr, wie es die Sowjetunion war. Die russische Elite hat kein konkurrierendes politisches Projekt, das sie in der Welt verbreiten wollte (obwohl der Kreml versucht, eine Art Surrogat zu entwickeln und noch nicht klar ist, ob das gelingt). Es ist vielmehr umgekehrt. Die Ablehnung demokratischer und liberaler Werte durch den Kreml ist fast völlig defensiv. Die Elite verteidigt so ihre politische Macht und meist gleichzeitig ihren persönlichen Reichtum. Viele Russen lehnen Demokratie wegen ihrer schlechten Erfahrungen unter Jelzin ab. Demokratie ist für sie vorerst untrennbar mit Chaos, Unsicherheit und Erniedrigung verbunden. Diese Wertelücke schließt eine strategische Partnerschaft als Option aus (und ist der wesentliche Unterschied zum Verhältnis der EU mit den USA).

Selektive Partnerschaft beschreibt mehr oder weniger die gegenwärtige Situation und ist für die EU ohne besondere Vorteile. Russland würde in der Lage bleiben, sich die dicksten Rosinen aus dem EU-Kuchen zu picken, ohne Verantwortung übernehmen zu müssen. Die dritte Option, Eindämmung, ist auch nicht im EU-Interesse. Die EU braucht in vielen Bereichen die Zusammenarbeit mit Russland. Es mag zwar möglich sein, viele Konflikte in Europa oder anderen Weltregionen ohne Russland zu lösen, aber das kann sicher nicht gegen das Land gelingen. Niemand sollte das russische Störpotential unterschätzen.

Was dann? Yitzhak Rabin paraphrasierend (er meinte die PLO und Arafat) könnte man sagen: Die

EU sollte mit Russland zusammen arbeiten, als ob es dort keine Demokratiedefizite oder keine Schikanen gegen kleine EU-Mitglieder gäbe. Und ebenso sollte die EU über diese russischen Mängel Klage führen, als ob es keine Zusammenarbeit gäbe. Die EU kann gar nicht anders, denn sie braucht Russland als wirtschaftlichen und politischen Partner und als verlässlichen und nicht bedrohlichen Nachbarn. Das kann nur ein demokratisches Russland sein.

Obwohl viele russische Politiker glauben, die EU nicht für voll nehmen zu müssen, sieht eine Mehrheit der Bevölkerung die Zukunft des Landes an der Seite der EU. Diese Menschen sind ein großes Pfund für die EU-Russlandpolitik. Die EU muss ihr Bestes tun, sie nicht zu enttäuschen. Der einfachste Weg in ihre Herzen wäre eine spürbare Verbesserung des Visa-Systems. Botschaften und Konsulate sind oft der erste direkte Kontakt der Menschen mit der EU. In der Menge vor den Metallgittern der Visaabteilungen ist es aber, vorsichtig ausgedrückt, sehr schwer sich in der EU willkommen zu fühlen. Umgekehrt: Alle dort ausgesendeten Signale sagen, die EU ist eine Festung, die nur Ausgewählten Zutritt gewährt.

Die EU und besonders die Schengen-Schlagbäume so weit wie möglich zu öffnen, dürfte das Wertvollste sein, das die EU gegenwärtig tun kann, um eine künftige demokratische Entwicklung in Russland zu unterstützen. Im Gegensatz zum üblichen Verständnis besteht Realpolitik gegenüber Russland für die EU heute mehr aus sogenannten *weichen* Maßnahmen als aus *harten*: Kooperation, wo möglich, offene Grenzen, wirkliche Reziprozität (das heißt, die Russen als Europäer ernst zu nehmen), das Vermeiden von doppelten Standards und, vielleicht am wichtigsten, den eigene Idealen so gerecht wie möglich zu werden.

Über den Autor

Jens Siegert ist seit 1999 Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er in Moskau als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radio.

Tabellen und Grafiken zum Text

Russlands Außenpolitik im Spiegel von Umfragen

Hauptgefahren für Russland

Quelle: Repräsentative Umfragen des WZIOM unter der russischen Bevölkerung

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10110.html>

Was glauben Sie, was sind die Hauptgefahren, die die Existenz unseres Staates bedrohen? (Offene Frage, beliebige Anzahl von Antworten) (April 2008)

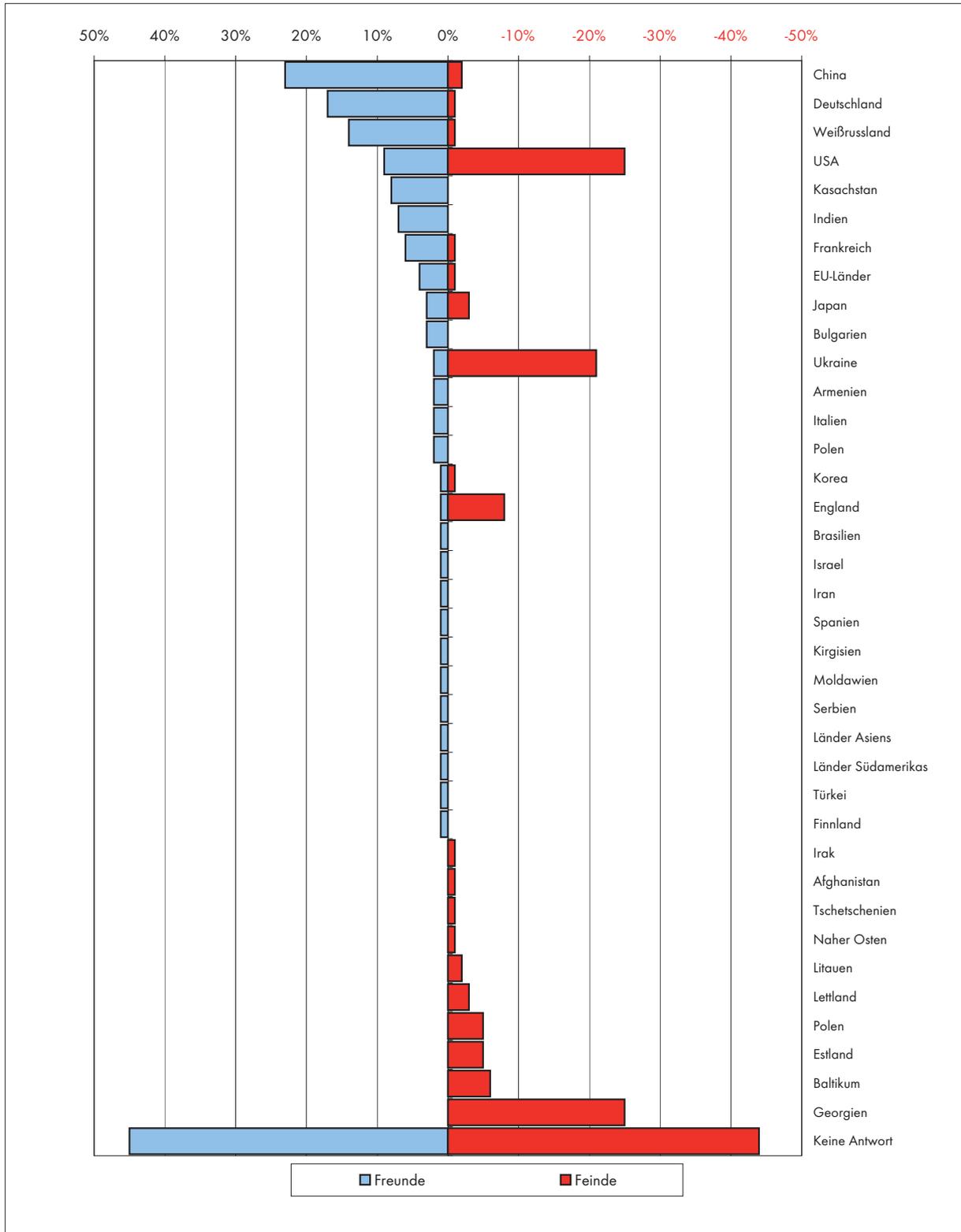
| | |
|---|------|
| Militärische Bedrohung durch die USA, die NATO, den Westens insgesamt | 11 % |
| Demographische Krise, Aussterben der Bevölkerung | 6 % |
| Terroraktionen, Terrorismus (auch international) | 5 % |
| Armut, Verarmung, niedriger Lebensstandard | 4 % |
| Schwache Industrie und Landwirtschaft | 4 % |
| Alkoholismus, Rauschgift, Dekadenz der Bevölkerung | 3 % |
| Preisanstieg, Inflation | 3 % |
| Korruption, Bestechlichkeit, Diebstahl, Bürokratismus | 3 % |
| Gemütslosigkeit, Kulturlosigkeit, Demoralisierung der Gesellschaft | 3 % |
| NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens | 3 % |
| Internationale Konflikte, Spannungen, Feindseligkeit zwischen den Völkern | 3 % |
| Gefahr für die Umwelt | 3 % |
| Migranten aus den Ländern der GUS und aus China | 3 % |
| Arbeitslosigkeit | 2 % |
| Gleichgültigkeit der Machtspitze dem Volk gegenüber | 2 % |
| Zerfall Russlands, Gefahr der territorialen Integrität | 2 % |
| Keine Gefahren | 2 % |
| Anderes | 11 % |
| Keine Antwort | 49 % |

Welche der folgenden Gefahren erscheinen Ihnen am realsten?

| | Apr 2005 | Nov 2006 | Apr 2008 |
|--|----------|----------|----------|
| Ökologische Katastrophe | 59 % | 41 % | 48 % |
| Terroristische Akten gegen strategisch wichtige Objekte (Atomkraftwerke, Wasserspeicher, Lebensnotwendige Systeme in den Städten usw.) | 67 % | 41 % | 46 % |
| Erschöpfung von Erdöl- und Erdgasreserven, anderer Bodenschätze | 47 % | 36 % | 40 % |
| Verfall von Kultur, Wissenschaft und Bildung | 59 % | 31 % | 36 % |
| Aussterben der russischen Bevölkerung wegen einer niedrigen Geburtenrate | 58 % | 36 % | 31 % |
| Plötzlicher Abfall des Lebensstandards bis zur Hungersnot weiter Bevölkerungsmassen | 70 % | 26 % | 31 % |
| Massenepidemien (Cholera, AIDS, atypische Pneumonie usw.) | 37 % | 27 % | 29 % |
| Verlust eines Teils des Territoriums Russlands bis zum Zerfall in mehrere selbstständige Staaten | 34 % | 24 % | 24 % |
| Militärische Konflikte mit den unmittelbaren Nachbarländern (Ukraine, Georgien, Baltische Länder usw.) | 26 % | 19 % | 21 % |
| Bedrohung aus dem Weltall (Kometen, Meteoriten u. a.) | 15 % | 17 % | 17 % |
| Aufspaltung der derzeitigen Machtspitze vor den Präsidentschaftswahlen 2008, erbitterter »Kampf um die Macht« | 46 % | 31 % | 16 % |
| Revolution in Russland, ähnlich, wie in der Ukraine, in Georgien, Kirgisien | 27 % | 15 % | 15 % |
| Umsturz mit Unterstützung westlicher Geheimdienste | 22 % | 15 % | 14 % |
| Bürgerkrieg in Russland | 27 % | 15 % | 13 % |
| Krieg mit westlichen Ländern | 17 % | 13 % | 13 % |
| Krieg mit Ländern im Süden und Südosten (China, Japan, Nordkorea u. a.) | 20 % | 12 % | 12 % |
| Machtergreifung durch Faschisten | 11 % | 9 % | 7 % |

Freunde und Feinde Russlands

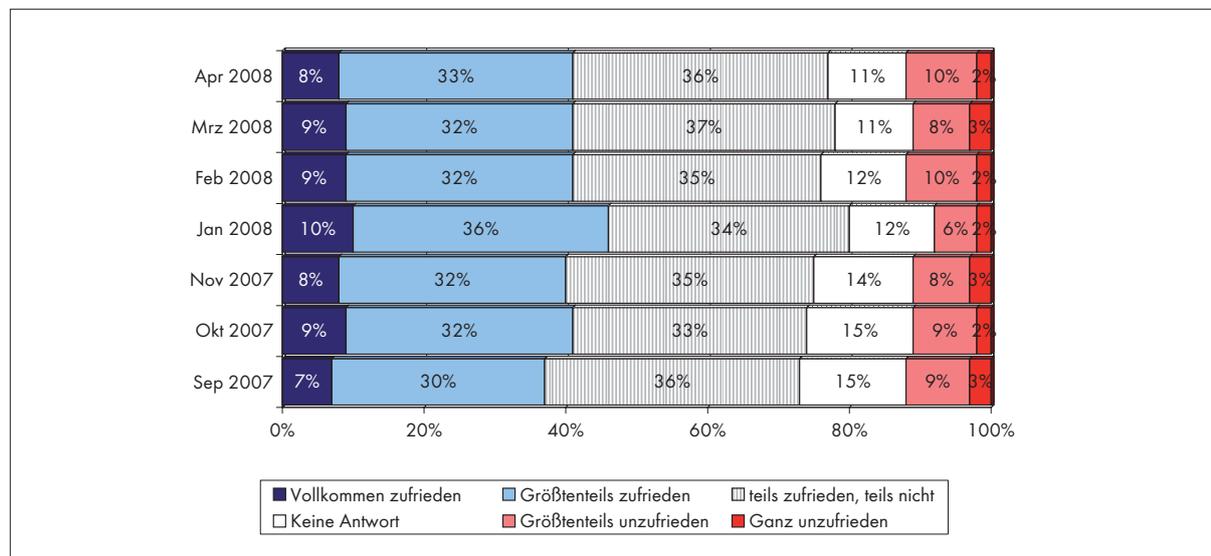
Quelle: Repräsentative Umfragen des WZIAM unter der russischen Bevölkerung vom 5.–6. April 2008
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10111.html>



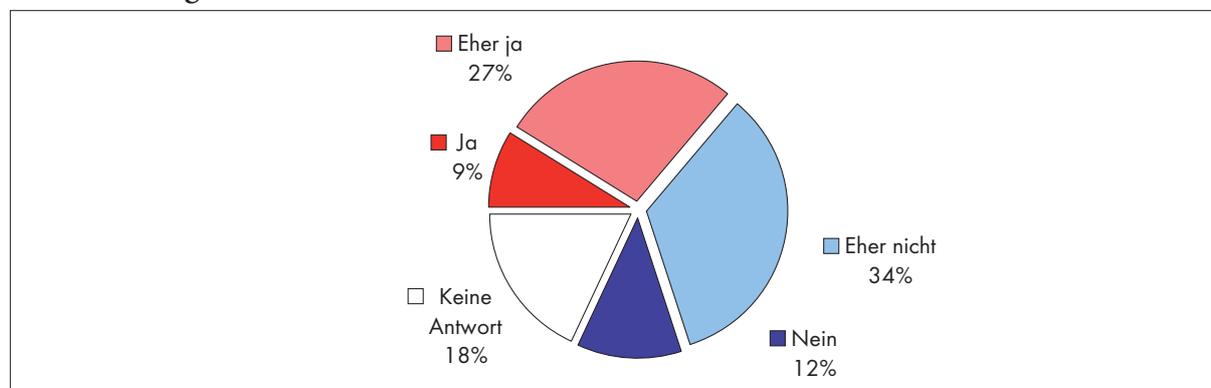
Dmitrij Medwedjew und die russische Außenpolitik

Quelle: Repräsentative Umfragen des WZIAM unter der russischen Bevölkerung 5.–6. April 2008
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10133.html>

In welchem Maße sind Sie mit der Außenpolitik zufrieden, die von der Führungsspitze betrieben wird?



Sollte sich die Außenpolitik nach der Wahl des neuen Präsidenten der Russischen Föderation Ihrer Meinung nach verändern?



Woran soll sich Ihrer Meinung nach der neue Präsident der Russischen Föderation in der Außenpolitik orientieren?

| | Insgesamt | Einschätzung der eigenen materiellen Lage | | |
|---|-----------|---|-------------|-------------------------|
| | | Sehr gut, gut | Mittelmäßig | Schlecht, sehr schlecht |
| Stärkung der Position im postsowjetischen Raum | 28 % | 18 % | 29 % | 31 % |
| Integration Russlands in Europa | 17 % | 23 % | 17 % | 14 % |
| Annäherung an neue führende Wirtschaftsnationen: China, Indien, Brasilien | 17 % | 17 % | 17 % | 15 % |
| Stärkung der strategischen Partnerschaft mit den USA | 9 % | 14 % | 10 % | 6 % |
| Keine Antwort | 29 % | 28 % | 27 % | 34 % |

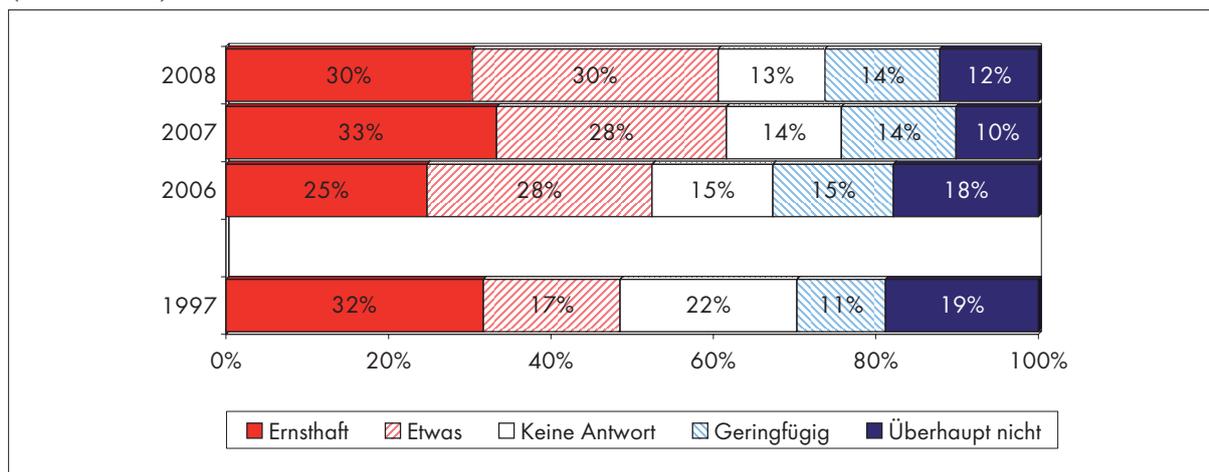
Wie sollte der außenpolitische Kurs des neuen Präsidenten der RF aussehen?

| | Insgesamt | Anhänger politischer Parteien | | |
|--|-----------|-------------------------------|------|------|
| | | »Einiges Russland« | KPRF | LDPR |
| Der außenpolitische Kurs Russlands sollte härter gegenüber dem Westen sein | 20 % | 18 % | 22 % | 29 % |
| Der außenpolitische Kurs Russlands sollte prowestlicher sein | 6 % | 6 % | 5 % | 7 % |
| Der außenpolitische Kurs Russlands sollte ausgeglichener sowohl dem Westen als auch dem Osten gegenüber sein | 51 % | 52 % | 53 % | 50 % |
| Keine Antwort | 23 % | 24 % | 20 % | 14 % |

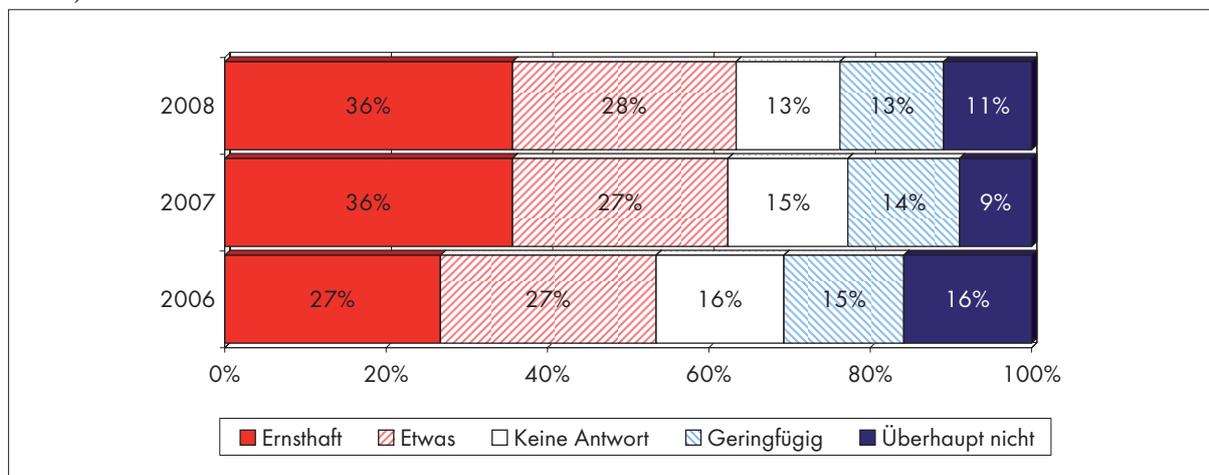
NATO-Erweiterung und Russlands Sicherheit

Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums unter der russischen Bevölkerung
<http://www.levada.ru./press/2008040103.html>

Inwiefern wäre die Sicherheit Russlands durch den NATO-Beitritt der Ukraine gefährdet? (März 2008)



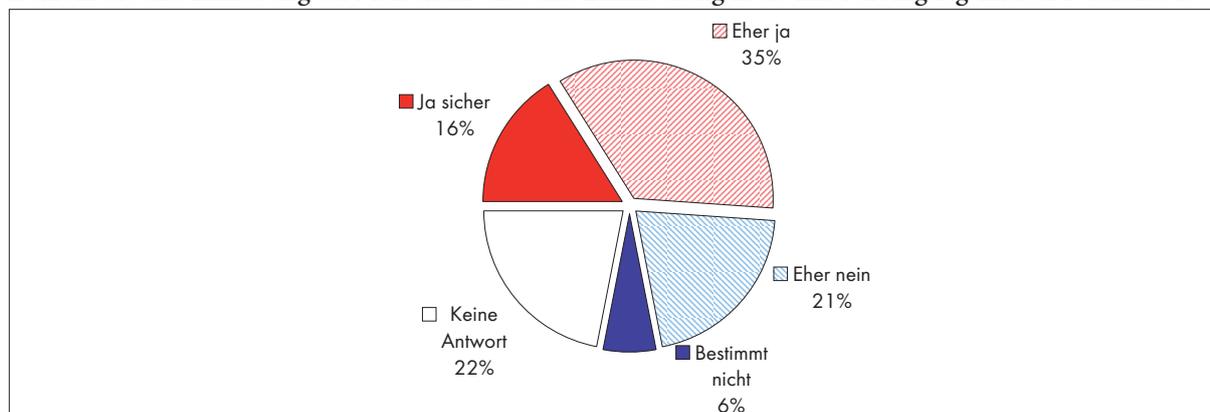
Inwiefern wäre die Sicherheit Russlands durch den NATO-Beitritt Georgiens gefährdet? (März 2008)



Westliche Kritik an Russland

Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums unter der russischen Bevölkerung vom März 2008
<http://www.levada.ru./press/2008040101.html>

Sind Sie der Meinung, dass die Kritik seitens der Öffentlichkeit und Politiker westlicher Länder bezüglich der Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands ist?



Sind Sie der Meinung, dass die Kritik seitens der Öffentlichkeit und Politiker westlicher Länder bezüglich der Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands ist?

| | Ja sicher/eher ja | Eher nicht/ bestimmt nicht | Keine Antwort |
|--|-------------------|-------------------------------|---------------|
| Insgesamt | 51 % | 27 % | 22 % |
| Geschlecht | | | |
| Männlich | 57 % | 27 % | 17 % |
| Weiblich | 47 % | 28 % | 26 % |
| Alter | | | |
| 18–24 | 52 % | 28 % | 20 % |
| 25–39 | 50 % | 31 % | 19 % |
| 40–54 | 54 % | 28 % | 18 % |
| 55 und älter | 49 % | 23 % | 29 % |
| Bildungsniveau | | | |
| Hochschulbildung | 52 % | 32 % | 17 % |
| Fachhochschule, Technikum | 50 % | 30 % | 20 % |
| Mittelschule | 54 % | 25 % | 21 % |
| Weniger als Mittelschule | 51 % | 23 % | 26 % |
| Wohnorttyp | | | |
| Moskau | 42 % | 35 % | 23 % |
| Über 500.000 Einwohner | 52 % | 25 % | 23 % |
| 100.000 – 500.000 Einwohner | 50 % | 28 % | 22 % |
| Unter 100.000 Einwohner | 51 % | 33 % | 16 % |
| Dorf | 54 % | 21 % | 25 % |
| Stimmenabgabe bei den Wahlen für die Staatsduma | | | |
| KPRF | 51 % | 28 % | 21 % |
| Einiges Russland | 52 % | 27 % | 21 % |
| Union der rechten Kräfte/Jabloko | 34 % | 38 % | 28 % |
| LDPR | 60 % | 27 % | 13 % |
| Gerechtes Russland | 52 % | 30 % | 18 % |
| Eine andere | 42 % | 31 % | 27 % |
| Keine Stimme abgegeben | 50 % | 26 % | 24 % |
| Keine Antwort | 43 % | 39 % | 17 % |
| Stimmenabgabe bei den Präsidentschaftswahlen | | | |
| W. Schirinowskij | 60 % | 27 % | 14 % |
| G. Sjuganow | 48 % | 32 % | 20 % |
| D. Medwedjew | 52 % | 27 % | 22 % |
| Keine Stimme abgegeben | 50 % | 26 % | 23 % |
| Keine Antwort | 49 % | 37 % | 14 % |

Kommentar

Dimitri Medwedjew spielt auf Zeit: Russland und die amerikanische Raketenabwehr

Marc Oprach, Hamburg

Wenige Tage, bevor Präsident George W. Bush den europäischen Staatschefs einen letzten Besuch abstattete, betrat erstmals der neue russische Präsident Dimitri Medwedjew die westeuropäische Bühne. Noch im ersten Monat nach der Übernahme des Präsidentenamtes ist es Medwedjew im Rahmen seines Besuchs in Deutschland gelungen, neue außenpolitische Akzente zu setzen. Neben der Betonung des besonderen deutsch-russischen Verhältnisses wurden insbesondere die außen- und sicherheitspolitischen Äußerungen Medwedjews zum amerikanisch-russischen Zerwürfnis mit Spannung erwartet. Zweifelsohne erscheinen hierbei die amerikanischen Planungen zur Errichtung einer Raketenabwehr in Osteuropa als eine der dringlichsten Herausforderungen des neuen Staatschefs.

Medwedjews neue Strategie

Medwedjew nutzte seinen Besuch in Deutschland zur Verkündigung einer neuen Strategie. Während Putin in der Vergangenheit den Konflikt durch eine überhitzte Rhetorik anheizte, fordert Medwedjew eine Verhandlungspause. »Für den Anfang wäre es nicht schlecht, eine Verschnaufpause einzulegen und sich umzusehen, wo wir gelandet sind.«

Diese neue Vorgehensweise zeigt jedoch keinesfalls, dass sich die russische Position mit der Präsidentschaft Medwedjews geändert hat, sondern sie offenbart vielmehr, dass den russischen und amerikanischen Präsidenten nicht nur die konkreten Inhalte, sondern vor allem die Wahrnehmung des Faktors Zeit trennt. Während Bush bei dem letzten Treffen mit Putin am 6. April in Sotschi eine Einigung im Streit um die geplante US-Raketenabwehr noch vor dem Ende seiner Amtszeit – quasi in letzter Minute – herbeiführen wollte, wird sich Medwedjew auf den im November gewählten Nachfolger Bushs konzentrieren. Medwedjews Beziehungen zum neu gewählten amerikanischen Präsidenten werden das Verhältnis beider Länder in den kommenden Jahren prägen.

Nachdem Medwedjew an seiner Zuständigkeit für außenpolitische Belange seines Landes keinen Zweifel gelassen hat, werden seine Bemühungen auf einen die Interessen Russlands berücksichtigenden Ausgleich Anfang des kommenden Jahres zielen. Dieser öffentlichkeitswirksame Erfolg wäre für Medwedjew sowohl aus außen- als auch aus innenpolitischer Sicht bedeutsam,

um vollends aus dem Schatten seines Amtsvorgängers zu treten. Andererseits würde eine erfolgreiche Stationierung der amerikanischen Waffensysteme in Osteuropa unzweifelhaft als sein Misserfolg und Versagen verbucht werden.

Eine nukleare Vorherrschaft der USA?

Zahlreiche aktuelle Analysen zur US-Raketenabwehr in Osteuropa konzentrieren sich auf die militärstrategischen Aspekte des amerikanisch-russischen Zerwürfnisses. Ausgehend von einem Artikel in der Zeitschrift *Foreign Affairs* vom März 2006 wird argumentiert, dass die USA zur Erlangung einer nuklearen Vorherrschaft darauf zielten, einen präemptiven Entwaffnungsschlag gegen Russland führen zu können. Für einen Gegenschlag würde Russland lediglich eine begrenzte Anzahl Interkontinentalraketen verbleiben. Diese wenigen russischen Raketen wären das Ziel der in Polen stationierten amerikanischen Abfangraketen.

Angesichts der jüngsten Weiterentwicklung des russischen Nuklearpotenzials lässt sich jedoch keine Einschränkung der nuklearen Balance konstatieren. Die neuentwickelte, im Hyperschall operierende Topol M verfügt über einen lenkbaren, demnach nicht ballistischen Gefechtskopf, der keine vorausberechenbare Flugbahn ermöglicht und daher durch die amerikanische Raketenabwehr nicht bekämpfbar ist. Selbst wenn ein amerikanischer Erstschlag verheerende Folgen für das russische Nukleararsenal hätte, bekämen die mobilen Topol-Ms, die U-Boot gestützten Atomraketen, hier vor allem die neuentwickelte Bulava-Rakete, sowie die bombergestützten Atomwaffen entscheidende Bedeutung, da sich ihre Stationierungsorte weitgehend einer ständigen amerikanischen Aufklärung entziehen.

Bedrohung des russischen Großmachtsanspruchs

Auch wenn Russland objektiv nicht durch die US-Raketenabwehr bedroht wird und auch die nukleare Balance unangefochten bleibt, wird die Bedeutung nuklearer Waffen als Statussymbol durch die amerikanische Fähigkeit, Interkontinentalraketen bekämpfen zu können, erheblich reduziert. Jenseits der Frage, ob die USA eine nukleare Vorherrschaft anstrebt, muss daher betont werden, dass die nukleare Ebenbürtigkeit eine wesentliche Basis des russischen Selbstverständnisses einer glo-

balen Großmacht ist. Sollte sich Russland als machtlos erweisen, die Stationierung von Abfangraketen in Polen zu verhindern, wäre insbesondere die regionale Wahrnehmung Russlands nachhaltig beschädigt.

Der Statusvorteil, den die USA durch eine Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Osteuropa erzielen würde, ist daher aus russischer Sicht weniger militärstrategisch denn geopolitisch bedeutsam. Wenngleich Russland zwar generell die Errichtung einer globalen Raketenabwehr kritisiert und die Souveränität ehemaliger Staaten des Warschauer Pakts keinesfalls offen hinterfragt, muss dennoch festgestellt werden, dass erst die amerikanischen Stationierungspläne im Umfeld Russlands eine scharfe Reaktion Russlands hervorriefen.

Eine Lösung des Konflikts?

Gerade die Beziehungen Russlands zu Polen und Tschechien stehen aktuell einer baldigen Lösung des Zerwürfnisses entgegen. Während die russische Seite vehement die Stationierung russischer Offiziere in den amerikanischen Anlagen fordert, erscheint der tschechischen und polnischen Regierung eine dauerhafte Anwesenheit russischer Militärs auf ihrem Territorium schwer vorstellbar. Anfang Juni machte ein Sprecher des polnischen Außenministeriums letztmalig deutlich, dass eine ständige Präsenz russischer Inspektoren »im Hinblick auf die historische Vergangenheit« nicht geprüft werde. Auch der tschechische Innenminister Ivan Langer sowie die Verteidigungsministerin Vlasta Parkanova können sich einen ständigen Aufenthalt russischer Offizier »nicht vorstellen«.

Warten auf den neuen US-Präsidenten

Eine Lösung der aktuellen Kontroversen um die amerikanische Raketenabwehr in Osteuropa, die Frage

einer weiteren Nato-Erweiterung sowie die Anerkennung des Kosovo werden ebenso wie die Frage einer Erneuerung grundlegender Vertragswerke – wie etwa dem 2009 auslaufenden START-Abkommen – auf die Zeit nach der Präsidentenwahl in den USA verschoben werden.

Bezüglich der US-Raketenabwehr lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt keine verlässliche Prognose erstellen. So ist Barack Obamas endgültige Haltung zur Raketenabwehr trotz seiner zahlreichen kritischen Kommentare nur schwer abschätzbar. Zu groß ist die Prägung des Amtes und zu erheblich der Unterschied zwischen einem Anwärter und dem gewählten Präsidenten.

Die erste Auslandsreise führte Medwedjew nach China. Überrascht musste die westliche Welt zur Kenntnis nehmen, dass Medwedjew und sein chinesischer Amtskollege Hu Jintao eine gemeinsame Erklärung unterzeichneten, in der die amerikanischen Planungen zur Errichtung einer Raketenabwehr in Osteuropa mit dem Argument verurteilt wurden, sie störten das strategische Gleichgewicht. Doch ein Blick auf die offizielle John-McCain-Homepage offenbart, wo sich russische und chinesische Interessen treffen könnten. Während die Bush-Administration stets beteuerte, dass sich die Pläne zur Errichtung einer Raketenabwehr nicht gegen Russland richten würden, heißt es in einem Artikel McCains zur *Missile Defense* lapidar, dass dieses System benötigt werde, um sich auch gegen Angriffe aus Russland oder China abzusichern. »Effective missile defenses are critical to protect America from rogue regimes like North Korea (...) from outlaw states like Iran (...) and to hedge against potential threats from possible strategic competitors like Russia and China.«

Über den Autor

Dr. Marc Oprach ist im Fachbereich Sicherheitspolitik der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg eingesetzt. Ab Oktober dieses Jahres wird er am Lehrgang Generalstabs-/ Admiralstabsdienst National 2008 teilnehmen. Nach einer Promotion im Bereich Neuere Geschichte Osteuropas zählt die außenpolitische Entwicklung Russlands zu seinem bevorzugten Themenschwerpunkt.

Analyse

Wahlmanöver statt Großmachtstreben?

Eine alternative Interpretation der russischen Außenpolitik des Jahres 2007

Franz Preißler, Frankfurt am Main

Zusammenfassung

Im zurückliegenden Jahr 2007 schienen die Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten – den USA, der NATO, aber auch der EU – in eine Krise geraten zu sein. Viele Beobachter schlossen aus der harten außenpolitischen Linie Präsident Putins, dass Russland, gestützt auf die Energieressourcen des Landes, in Zukunft vor allem eigenen (Großmacht-)Interessen folgen, ja die Beziehungen zum Westen insgesamt neu aushandeln möchte. Festgemacht wurde dies nicht zuletzt an der Aussetzung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) durch Russland im Dezember 2007.

Am Beispiel dieses Ausstiegs wird aufgezeigt, dass obige Interpretation der Außenpolitik Russlands zu weit geht: Der zeitliche Ablauf der Aussetzung dieses Vertrages sowie zentrale Formulierungen im betreffenden Erlass Putins vom 13. Juli 2007 deuten darauf hin, dass die Putin-Führung den Ausstieg in erster Linie zur Mobilisierung der Bevölkerung bei den Duma- und Präsidentschaftswahlen benutzte, ja er Handlungsmöglichkeiten für den Fall eröffnen sollte, wenn im Prozess der Installierung des Wunschnachfolgers Probleme aufgetreten wären. Insofern kann nicht als gesichert gelten, dass Russland mit der Aussetzung des KSE-Vertrags das Ziel verfolgt, eine (grundlegende) Neuverhandlung des konventionellen Rüstungskontrollsystems in Europa zu erreichen, wie in der Fachliteratur teilweise behauptet wird.

Russlands Außenpolitik 2007 – viel Lärm um (fast) nichts?

Im zurückliegenden Jahr 2007 schienen die Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten – den USA, der NATO, aber auch der EU – in eine Krise geraten zu sein. Putins Kritik an der US-Außenpolitik im allgemeinen und an den amerikanischen Raketenabwehrplänen für Osteuropa im besonderen, der angeordnete und dann vollzogene Austritt Russlands aus dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) sowie Russlands unnachgiebiger Widerstand gegen die Unabhängigkeit für das Kosovo – all dies werteten viele Beobachter als Indiz für eine neue russische Außenpolitik, die vor allem eigenen (Großmacht-)Interessen folgt, ja die bisherige Geschäftsgrundlage mit dem Westen nicht mehr akzeptiert. Und eine Erklärung für das neue russische Verhalten auf der internationalen Bühne war auch schnell gefunden: Wegen seines Öl- und Gasreichtums und der sich daraus ergebenden Deviseneinnahmen sei Russland an eine Anpassung an den Westen nicht mehr gezwungen, vielmehr münze es die neue energiepolitische Stärke machtpolitisch um.

Seitdem die Duma- und Präsidentschaftswahlen vorbei sind und Russland einen neuen Präsidenten hat, haben sich die Dinge wieder beruhigt. Wer redet jetzt noch über den KSE-Vertrag, an den sich Russland seit dem 12. Dezember 2007 nicht mehr hält? Die Frage ist jedenfalls aus den Schlagzeilen verschwunden. Im Rückblick scheint sich daher im Jahr 2007 wieder-

holt zu haben, was für die meisten Wahljahre seit 1993 zu beobachten war: eine deutliche Verschärfung des außenpolitischen Tons durch die russischen Entscheidungsträger – und in Reaktion darauf eine Überinterpretation russischer Ambitionen durch westliche BeobachterInnen.

Der Einfluss von Wahlen auf die Außenpolitik von 1993 bis 2007

Die Beobachtung, daß in Russland zwischen der Innenpolitik, hier vor allem bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, und der Außenpolitik ein Zusammenhang besteht, ist nicht neu. Bei den Wahlen der neunziger Jahre (1993, 1995/1996) benutzte die Jelzin-Führung stets auch die Hervorhebung der Großmachtstellung Russlands, 1999/2000 sogar einen Krieg (nicht nach außen, sondern im Innern, gegen Tschechien) dazu, um die russischen Wähler und Wählerinnen zu mobilisieren, Herausforderer abzuwehren und dem eigenen Lager – 1999/2000 in Gestalt von Wladimir Putin – den Sieg zu garantieren. 2003/2004 wurde der Zusammenhang nicht so deutlich, da es nicht um einen Personalwechsel ging, der Kreml das landesweite Fernsehen unter seine Kontrolle gebracht hatte und Putin auf breite Zustimmung stieß.

Im (Wahl-)Jahr 2007 galt dann aber wieder: Was außerhalb, d.h. im Westen als zunehmender Druck, ja zunehmende Aggressivität von Seiten Russlands wahrgenommen wurde, war in hohem Maße Druck der

Putin-Führung *nach innen*, diente dazu, beim russischen Massenpublikum den Eindruck einer Bedrohung von außen hervorzurufen – um die Bevölkerung zu integrieren und zu mobilisieren, um den inneren politischen Prozess nicht aus dem Ruder (der Putin-Führung) laufen zu lassen.

Dass Putins harte Außenpolitik im zurückliegenden Jahr in nicht geringem Maße innenpolitisch-wahltaktisch motiviert war, soll im folgenden am Beispiel der Aussetzung des KSE-Vertrages durch Russland im Dezember 2007 dargestellt werden. Russlands Ausstieg aus dem Vertrag war dazu geeignet, zur Erreichung gleich mehrerer *innenpolitischer* Ziele der Putin-Führung beizutragen.

Russlands Ausstieg aus dem KSE-Vertrag

In seiner Rede vor der Föderalversammlung am 26. April 2007 hatte Putin damit gedroht, dass Russland sich nicht länger an den KSE-Vertrag halten werde, sollten »Russlands Partner«, d.h. die westlichen Staaten, den neuen, Ende 1999 den Verhältnissen angepassten AKSE-Vertrag nicht endlich ratifizieren. Am 13. Juli 2007 (und nicht schon im April, wie es manchmal heißt) unterzeichnete Putin dann einen »Erlass über die vorübergehende Aussetzung der Wirksamkeit« des im Jahr 1990 unterzeichneten KSE-Vertrages. Putin begründete diese Entscheidung mit »außergewöhnlichen Umständen«, die sich auf den Inhalt des genannten Vertrages bezögen, »die Sicherheit der Russländischen Föderation« betreffen und »das Treffen unverzüglicher Maßnahmen« erforderten. Dieses zeitlich nicht festgelegte Moratorium sollte 150 Tage nach Informierung der Unterzeichnerstaaten, d.h. am 12. Dezember wirksam werden und so lange gelten, bis die NATO-Staaten den 1999 angepassten KSE-Vertrag ratifiziert haben.

Gleich mehrere Indizien sprechen dafür, dass diese (schon im Juli 2007) auf den 12. Dezember gelegte Suspendierung des KSE-Vertrages durch Putin in hohem Maße eine innenpolitische Funktion hatte. Zum einen lieferte der angekündigte Austritt aus dem Vertrag die Begleitmusik für den Dumawahlkampf – hier vor allem in dessen letzten Wochen. Die Duma verabschiedete das entsprechende Gesetz am 7. November, der Föderationsrat am 16. November. Am 30. November 2007, d.h. nur zwei Tage vor den Dumawahlen am 2. Dezember, unterzeichnete Putin dann das Gesetz. Dies wurde im russischen Staatsfernsehen übertragen. Es erscheint offensichtlich, dass dies geschah, um bei den Wahlen einen weiteren Mobilisierungseffekt für die Kreml-Partei »Einiges Russland« zu erzielen.

Auf einen innenpolitisch-wahltaktischen Hintergrund weist zweitens hin, dass Putin den Austritt Russlands aus dem KSE-Vertrag (mit dem 12. Dezember) auf den Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes, ja genau

in das Zeitfenster legte, in dem er (spätestens) einen Nachfolgekandidaten präsentieren musste. So kam es dann auch: Am 10. Dezember 2007, acht Tage nach den für die Kreml-Partei »Einiges Russland« erfolgreich verlaufenden Dumawahlen sprach sich Putin für Dmitrij Medwedjew, bis dahin erster stellvertretender Regierungschef und Aufsichtsratsvorsitzender von Gasprom (und früherer Chef der Präsidialverwaltung), als Nachfolger im Präsidentenamt aus. Am Tag darauf bot der Nominierte Putin für den Fall seines Sieges bei den Präsidentschaftswahlen Anfang März 2008 das Amt des Regierungschefs an. Und wieder einen Tag später, am 12. Dezember 2007 trat dann die Suspendierung des KSE-Vertrages durch Russland in Kraft.

Wer hier keinen machtechnischen Zusammenhang vermutet, der sieht Außenpolitik nur als Ausfluss objektiver, externer Faktoren, nicht aber (auch) in ihrem Zusammenhang mit der Innenpolitik des Landes, in diesem Fall: den Machtinteressen seiner Führung. Das KSE-Thema hätte, wenn sich der von Putin am 10. Dezember Vorgeschlagene und eine Woche später von »Einiges Russland« Nominierte nicht sofort hoher Zustimmungswerte in der Bevölkerung erfreut hätte, ein gutes Mittel abgegeben, um bei der russischen Bevölkerung das Gefühl der Bedrohung zu verstärken und sie dazu zu bringen, sich noch stärker um das neue Führungsduo zu scharen.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes als *ultima ratio*

Drittens hätte die Suspendierung des KSE-Vertrages, der ja die Behauptung einer Bedrohung der Sicherheit der Russländischen Föderation zugrunde lag, Putin noch weitere Handlungsmöglichkeiten eröffnen können. So hätte Putin, wenn sich die Zustimmungswerte für seinen Wunschnachfolger in den Wochen vor den Präsidentschaftswahlen negativ entwickelt hätten, unter Verweis auf seinen Amtseid, nämlich »die Souveränität und Unabhängigkeit, die Sicherheit und Integrität des Staates zu verteidigen«, spätestens im Februar 2008 erklären können, dass »außergewöhnliche Umstände, welche ... die Sicherheit der Russländischen Föderation betreffen, ... das Treffen unverzüglicher Maßnahmen« erforderten. *Genau diese Formulierungen* hatte Putin in seinem Erlass vom 13. Juli 2007 verwendet. Angesichts der schon im Juli behaupteten »außergewöhnlichen Umstände« hätte zu solchen »unverzüglichen Maßnahmen« eine Absage bzw. zumindest Verschiebung der Präsidentschaftswahlen oder auch – eine dritte Kandidatur seinerseits gehören können, so dass er weiter Präsident hätte bleiben können. Im Extremfall wären die genannten Formulierungen dazu geeignet gewesen, um eine Verhängung des Ausnahmezustandes zu rechtfertigen. »Souverän ist, wer über den Aus-

nahmezustand entscheidet« – so brachte es schon Carl Schmitt auf den Punkt.

Die Aufbausung des Konflikts um den KSE-Vertrag – bis hin zum (vorübergehenden) Austritt aus dem Vertrag – dürfte damit in erster Linie innenpolitisch-wahltaktische Gründe gehabt haben: Das KSE-Thema gab die ideale Begleitmusik für den Duma- und Präsidentschafts-»Wahlkampf« ab und war darüber hinaus geeignet, Putin weitere Handlungsmöglichkeiten für den Fall an die Hand zu geben, wenn im Verlauf der Operation Machterhalt, der Installation des Wunschnachfolgers Probleme (mit den russischen Wählern und Wählerinnen) aufgetreten wären.

Da aber alles nach (Putins) Plan verlief – allein schon Putins Hauspartei »Einiges Russland« erreichte bei den Dumawahlen auch infolge von Manipulationen mehr als zwei Drittel der Dumasitze, der Wunschnachfolger Medwedjew erreichte in Umfragen sofort hohe Zustimmungswerte, die stabil blieben und Anfang März 2008 wurde er offiziellen Ergebnissen zufolge mit 70,3 Prozent der Stimmen zum dritten Präsidenten Russlands gewählt – war Putin nicht gezwungen, diesen Weg einzuschlagen.

Exkurs: Der 12. Dezember 2007 – und der 12. Dezember 1999

Ein kleiner Seiten- bzw. Rückblick: Am 12. Dezember 1999, genau acht Jahre, d.h. zwei präsidentielle Amtszeiten vor Russlands Aussetzung des KSE-Vertrages, begann der Angriff russischer Streitkräfte auf die tschetschenische Hauptstadt Grosnyj. Das Ziel dürfte gewesen sein, die Stadt unmittelbar vor den Dumawahlen am 19. Dezember 1999 einzunehmen, um die Zustimmung für die vom Kreml unterstützte Partei »Einheit/Der Bär« in die Höhe zu treiben. Obwohl die Einnahme der Stadt nicht sogleich gelang, verwies die Pro-Putin-Partei den Gegen-Wahlblock »Vaterland-Ganz Russland« bei den Wahlen deutlich auf den zweiten Platz. Dessen Versuch, die Duma und in der Folge auch den Kreml zu erobern, wurde damit abgeschlagen – und ein für Jelzin und seine Umgebung gefährlicher Elitenwechsel verhindert. Analog hätte die am 12. Dezember 2007 in Kraft getretene Suspendierung des KSE-Vertrages durch Russland Putin im Extremfall eine Handhabe gegeben, um über eine Verhängung des Ausnahmezustands die Präsidentschaftswahlen aus-

zusetzen und so die Macht zu behalten. Die Polittechnologen des Kreml sind, was die politische Regie, die Synchronisierung von Ereignissen der Innen- und der Außen-, ja der Sicherheits- und Militärpolitik mit wichtigen Stationen in Wahlkämpfen anbelangt, mittlerweile zu wahren Meistern geworden.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Aussetzung des KSE-Vertrages bildete das zentrale Element einer Überversicherungsstrategie des russischen Staatsführers: Dieser wollte bis zum Ende des Prozesses der Installierung des ausgewählten Nachfolgers Karten in der Hinterhand behalten, die er im Falle des Falles zur Steuerung des »politischen Massenmarkts« in Russland hätte ausspielen können. In der »Außen«-Politik des Jahres 2007 kam daher nicht der »Wille zur Weltmacht« (L. Schewzowa), sondern der unbedingte Wille zum Erhalt der Macht im Innern zum Ausdruck. Diese »Außen«-Politik ist nicht zuletzt als eine Strategie der Anhäufung von *internationalem* Konfliktkapital zu verstehen, welches im Falle des Falles noch stärker für *innenpolitische* Zwecke eingesetzt worden wäre. Neben dem KSE-Thema hätte hierzu auch die Kosovo-Frage gehören können.

Hätte, würde, wäre – manchem Leser, mancher Leserin erscheinen vorliegende Ausführungen vielleicht etwas hypothetisch, spekulativ. Sie haben aber ihre Bedeutung: Die aufgezeigten Koinzidenzen deuten darauf hin, dass Russland mit seinem (befristeten) Ausstieg aus dem KSE-Vertrag nicht unbedingt das Ziel verfolgt, eine (grundlegende) Neuverhandlung des konventionellen Rüstungskontrollsystems in Europa zu erreichen, wie in der Fachliteratur teilweise behauptet wird.. Dennoch wird die russische Seite die Frage des KSE-Vertrages weiter thematisieren, da sie im zurückliegenden Jahr das Thema so sehr in den Vordergrund gerückt, ja dramatisiert hat und weil sie durchaus bestimmte Verbesserungen zu ihren Gunsten erreichen will und solche nun auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit vorweisen muss. Nicht zuletzt macht sich Russland auch wegen der möglichen Heranführung Georgiens oder gar der Ukraine an die NATO zunehmend Sorgen. Ungeachtet dessen gilt aber: Die Aussetzung des KSE-Vertrags im Dezember 2007 diene vor allem der Sicherheit der Putin-Führung, weniger der Sicherheit Russlands.

Über den Autor

Franz Preißler ist Doktorand an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er promoviert über die Politik Russlands in der Frage der russischen Minderheit in Lettland.

Literaturtipps

- Areshev, A.: CFE: An Archaic Treaty and New Reality, in: International Affairs (Moscow), Vol. 54 (2008), 1, S.12–22
- Klein, Margarete: Russland und die KSE, in: Russlandanalysen, Nr. 153, S. 4–7
- Preißler, Franz: Großmachtpolitik oder Wahlagitation? Russlands Außenpolitik in den Jahren 2007/2008, Universitätsverlag Potsdam (WeltTrends-Papiere, Nr. 7, Dezember 2007)

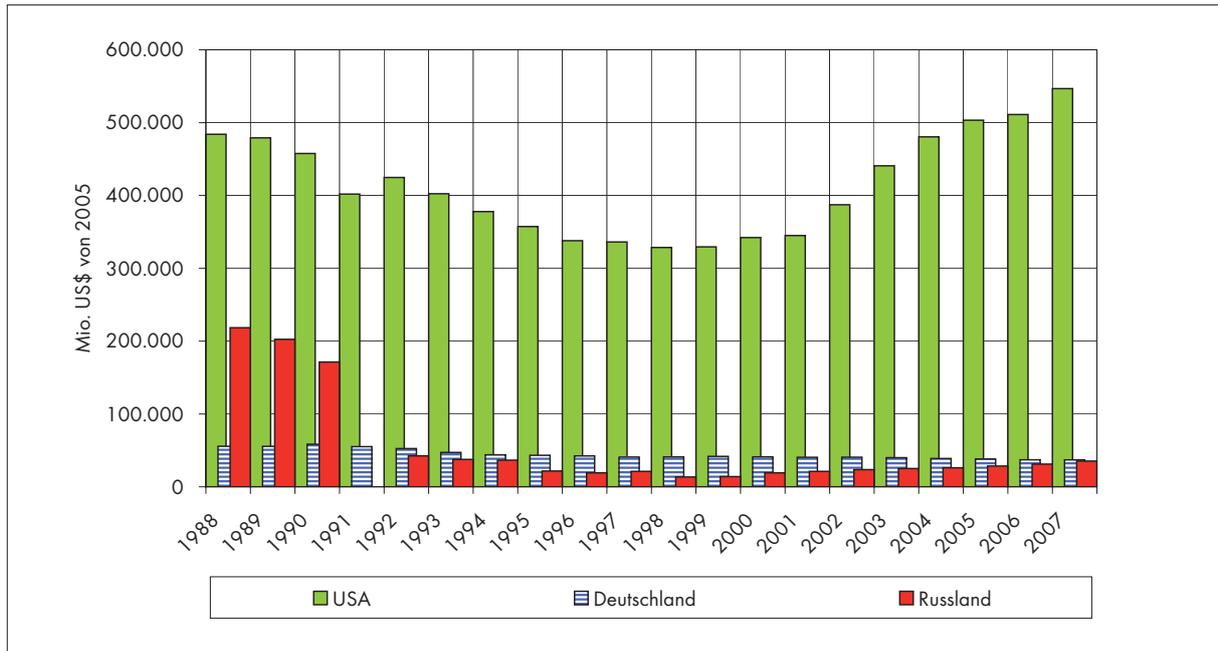
Dokumentation

Die Entwicklung der russischen Militärausgaben im Vergleich 1988–2007

(nach Angaben vom Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI)

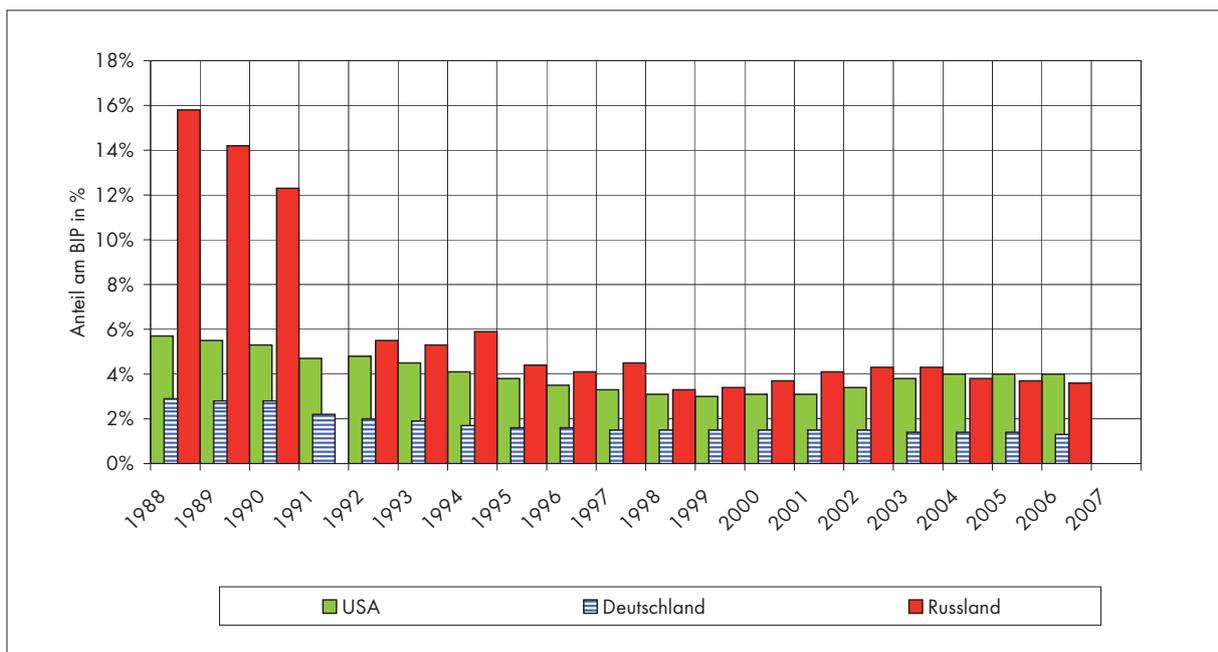
Militärausgaben Russlands, Deutschlands und der USA 1988–2007

(Mio. US Dollar in festen Preisen von 2005)



Verteidigungslast Russlands, Deutschlands und der USA 1988–2006

(Anteil am BIP in %)



Entwicklung der russischen Militärausgaben

| | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|--|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Russland | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Mrd. Rbl | 0,1 | 0,1 | 0,1 | .. | 1,0 | 9,0 | 35,9 | 63,2 | 82,5 | 105,0 | 85,6 | 165,0 | 271,0 | 365,0 | 470,0 | 568,0 | 656,0 | 806,0 | 967,0 | 1.178,0 |
| Mio. US\$ (Preise von 2005) | 218.436 | 202.543 | 171.349 | .. | 42.527 | 37.569 | 36.613 | 21.683 | 19.148 | 21.246 | 13.557 | 14.045 | 19.141 | 21.245 | 23.604 | 25.111 | 26.119 | 28.492 | 31.181 | 35.369 |
| % des BIP | 15,8 % | 14,2 % | 12,3 % | .. | 5,5 % | 5,3 % | 5,9 % | 4,4 % | 4,1 % | 4,5 % | 3,3 % | 3,4 % | 3,7 % | 4,1 % | 4,3 % | 4,3 % | 3,8 % | 3,7 % | 3,6 % | |
| <i>(Angaben für 1991 einschließlich für die UdSSR)</i> | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Mrd. Euro | 31.515 | 32.302 | 34.960 | 33.530 | 33.508 | 31.459 | 30.144 | 30.159 | 29.998 | 29.451 | 29.822 | 30.603 | 30.554 | 30.648 | 31.168 | 31.060 | 30.610 | 30.600 | 30.365 | 30.739 |
| Mio. US\$ (Preise von 2005) | 55.627 | 55.475 | 58.464 | 55.134 | 52.436 | 47.139 | 43.962 | 43.238 | 42.395 | 40.854 | 40.993 | 41.822 | 41.147 | 40.474 | 40.604 | 40.044 | 38.816 | 38.060 | 37.133 | 36.929 |
| % des BIP | 2,9 % | 2,8 % | 2,8 % | 2,2 % | 2,0 % | 1,9 % | 1,7 % | 1,6 % | 1,6 % | 1,5 % | 1,5 % | 1,5 % | 1,5 % | 1,5 % | 1,5 % | 1,4 % | 1,4 % | 1,4 % | 1,3 % | |
| <i>(Angaben bis 1990: alte Bundesrepublik)</i> | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| USA | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Mrd. US\$ | 293.093 | 304.085 | 306.170 | 280.292 | 305.141 | 297.637 | 288.059 | 278.856 | 271.417 | 276.324 | 274.278 | 280.969 | 301.697 | 312.743 | 356.720 | 415.223 | 464.676 | 503.353 | 527.660 | 578.315 |
| Mio. US\$ (Preise von 2005) | 483.994 | 479.060 | 457.648 | 401.949 | 424.705 | 402.375 | 377.867 | 357.382 | 337.946 | 336.185 | 328.611 | 329.421 | 342.172 | 344.932 | 387.303 | 440.813 | 480.451 | 503.353 | 511.187 | 546.786 |
| % des BIP | 5,70 % | 5,50 % | 5,30 % | 4,70 % | 4,80 % | 4,50 % | 4,10 % | 3,80 % | 3,50 % | 3,30 % | 3,10 % | 3 % | 3,10 % | 3,10 % | 3,40 % | 3,80 % | 4 % | 4 % | 4 % | |

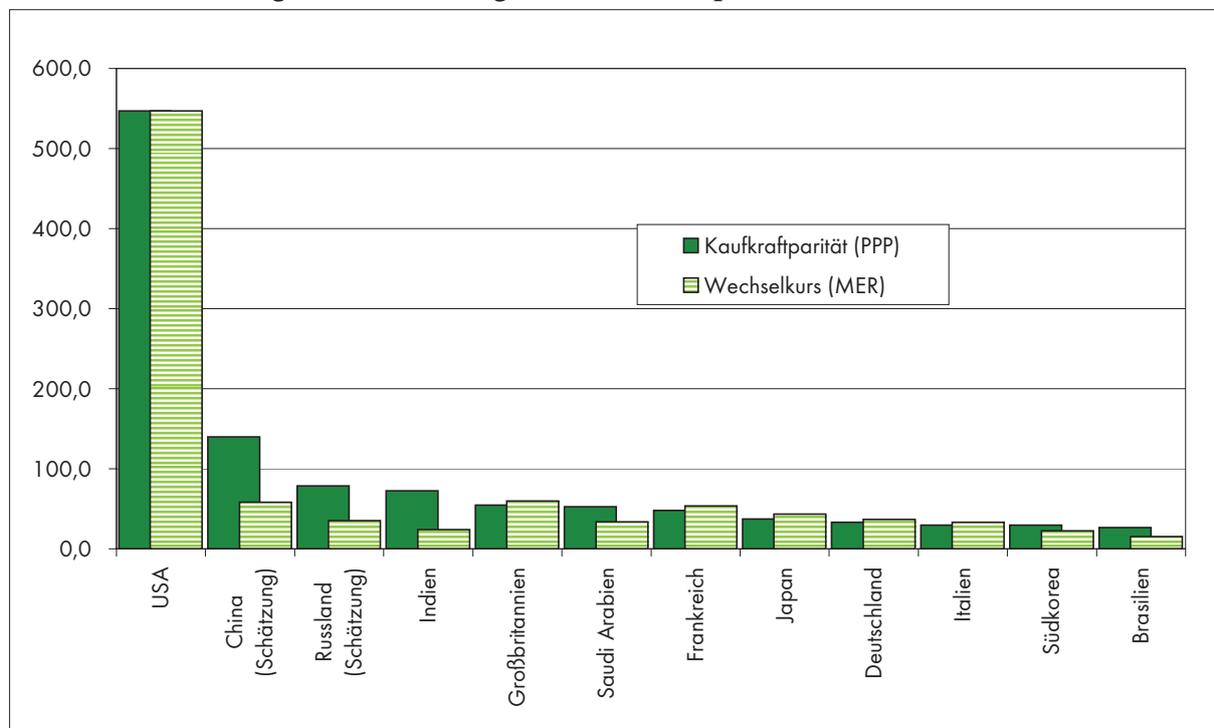
(Angaben für das US-Fiskaljahr (1.10.-30.9.), nicht das Kalenderjahr)

..Daten nicht verfügbar oder nicht anwendbar

Quelle: <http://miledxdata.sipri.org/result.php4>, 11. Juni 2008

Die 12 Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben 2007

Mrd. US Dollar, Vergleichsberechnung nach Kaufkraftparität (PPP) bzw. Wechselkurs (MER)



| Rang | Staat | Ausgaben in Mrd. US\$ | |
|------|----------------------|------------------------|-------------------|
| | | Kaufkraftparität (PPP) | Wechselkurs (MER) |
| 1 | USA | 547,0 | 547,0 |
| 2 | China (Schätzung) | 140,0 | 58,3 |
| 3 | Russland (Schätzung) | 78,8 | 35,4 |
| 4 | Indien | 72,7 | 24,2 |
| 5 | Großbritannien | 54,7 | 59,7 |
| 6 | Saudi Arabien | 52,8 | 33,8 |
| 7 | Frankreich | 47,9 | 53,6 |
| 8 | Japan | 37,0 | 43,6 |
| 9 | Deutschland | 33,0 | 36,9 |
| 10 | Italien | 29,6 | 33,1 |
| 11 | Südkorea | 29,4 | 22,6 |
| 12 | Brasilien | 26,7 | 15,3 |

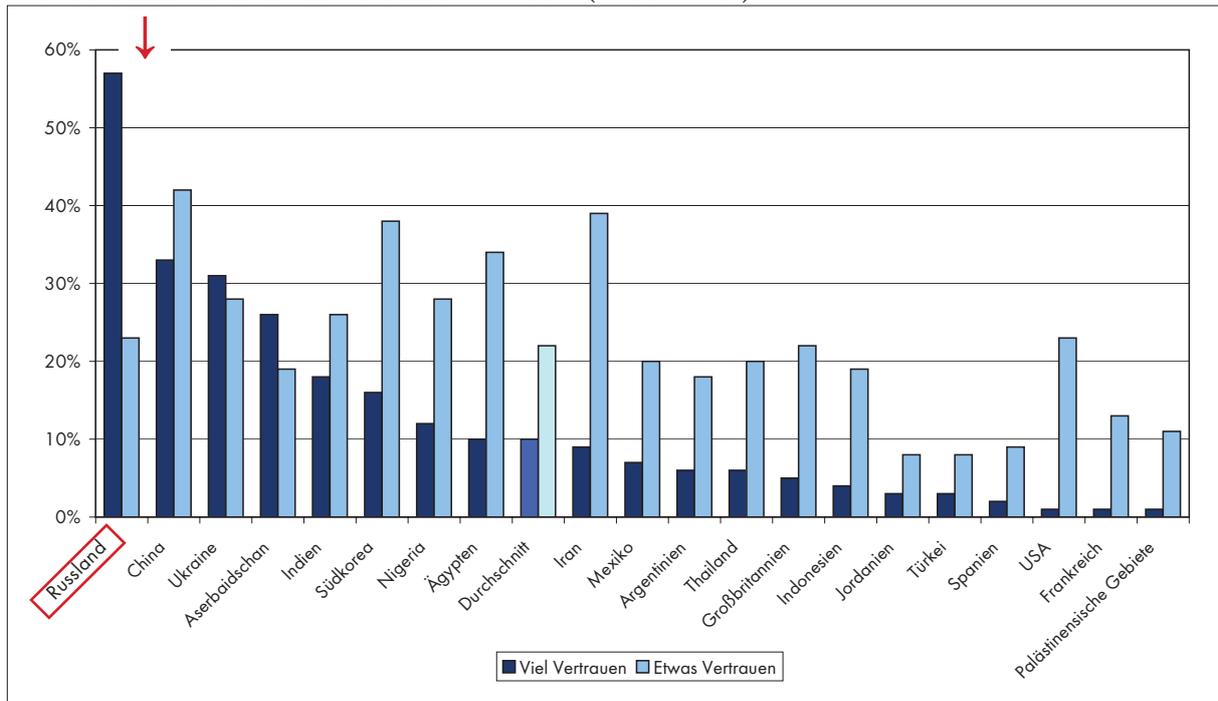
(Angaben in Mrd. US\$, Preise und Kurse von 2005)

Quelle: http://www.sipri.org/contents/milap/milex/mex_major_spenders.pdf, 10.6.2008

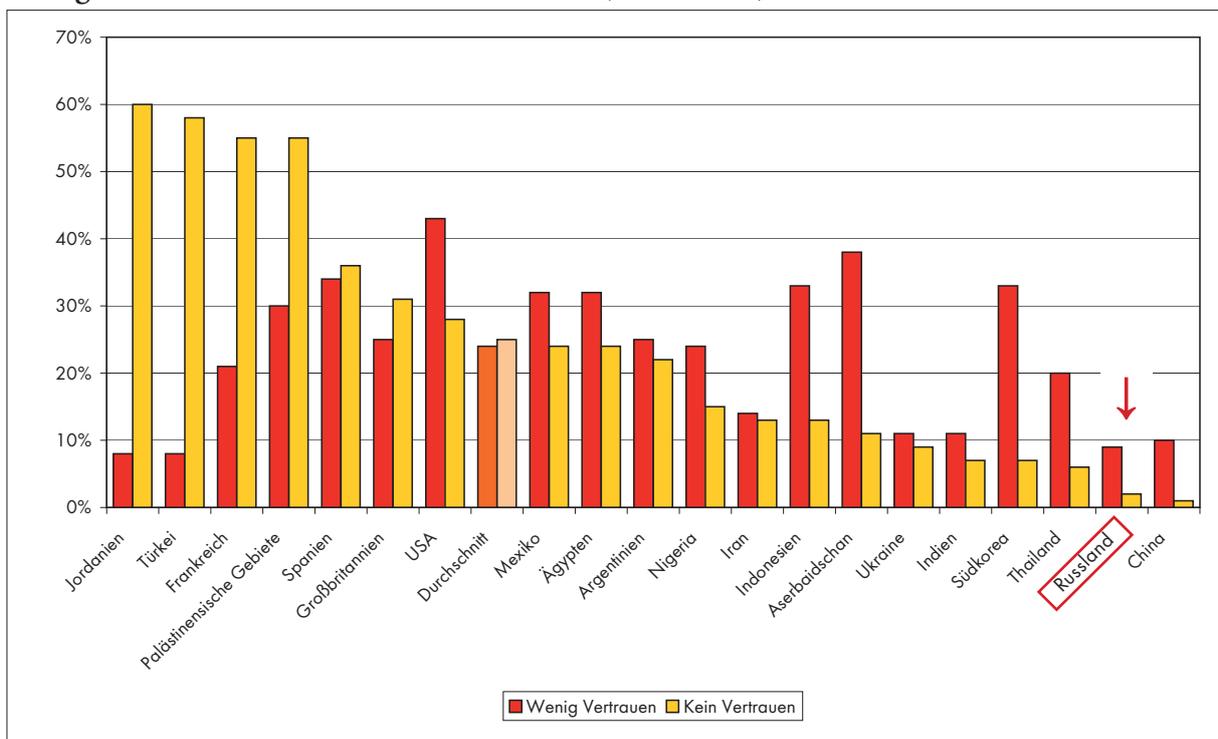
Internationale Bewertung der wichtigsten Politiker (Juni 2008) – Bush und Putin

»Ich lese Ihnen jetzt eine Liste von Politikern aus aller Welt vor. Sagen Sie mir für jeden, wie viel Vertrauen Sie in ihn haben?«

Viel Vertrauen und etwas Vertrauen in Putin (Anteil in %)



Wenig Vertrauen und kein Vertrauen in Putin (Anteil in %)



Internationale Bewertung der wichtigsten Politiker (Juni 2008) – Bush, Putin und Merkel
 »Ich lese Ihnen jetzt eine Liste von Politikern aus aller Welt vor. Sagen Sie mir für jeden, wie viel Vertrauen Sie in ihn haben?«

| | Viel Vertrauen | Etwas Vertrauen | Wenig Vertrauen | Kein Vertrauen | Hängt davon ab | Keine Antwort |
|---|----------------|-----------------|-----------------|----------------|----------------|---------------|
| US Präsident George W. Bush | | | | | | |
| Argentinien | 3 % | 5 % | 21 % | 63 % | | 7 % |
| Mexiko | 4 % | 12 % | 29 % | 54 % | | 1 % |
| Frankreich | 1 % | 10 % | 22 % | 63 % | 1 % | 3 % |
| Großbritannien | 4 % | 14 % | 29 % | 48 % | 0 % | 4 % |
| Spanien | 2 % | 28 % | 9 % | 56 % | 0 % | 6 % |
| Russland | 2 % | 12 % | 30 % | 36 % | 3 % | 16 % |
| Ukraine | 3 % | 11 % | 24 % | 36 % | 6 % | 20 % |
| Aserbaidschan | 20 % | 22 % | 26 % | 23 % | 4 % | 5 % |
| Ägypten | 0 % | 8 % | 24 % | 68 % | 0 % | 0 % |
| Iran | 2 % | 4 % | 8 % | 72 % | 0 % | 14 % |
| Jordanien | 1 % | 3 % | 4 % | 84 % | 0 % | 8 % |
| Palästinensische Gebiete | 1 % | 2 % | 16 % | 79 % | | |
| Türkei | 3 % | 4 % | 6 % | 77 % | 2 % | 8 % |
| Nigeria | 31 % | 29 % | 14 % | 21 % | 2 % | 2 % |
| China | 8 % | 33 % | 34 % | 11 % | | 14 % |
| Indien | 17 % | 28 % | 18 % | 16 % | 9 % | 13 % |
| Indonesien | 9 % | 19 % | 38 % | 19 % | 2 % | 14 % |
| Südkorea | 4 % | 26 % | 51 % | 18 % | | 2 % |
| Thailand | 10 % | 24 % | 24 % | 9 % | 21 % | 12 % |
| Durchschnitt | 7 % | 16 % | 22 % | 45 % | 3 % | 8 % |
| USA | 13 % | 29 % | 24 % | 32 % | 0 % | 2 % |
| Russlands Präsident Wladimir Putin | | | | | | |
| Argentinien | 6 % | 18 % | 25 % | 22 % | | 29 % |
| Mexiko | 7 % | 20 % | 32 % | 24 % | 1 % | 16 % |
| USA | 1 % | 23 % | 43 % | 28 % | 0 % | 5 % |
| Frankreich | 1 % | 13 % | 21 % | 55 % | 1 % | 9 % |
| Großbritannien | 5 % | 22 % | 25 % | 31 % | | 17 % |
| Spanien | 2 % | 9 % | 34 % | 36 % | 0 % | 19 % |
| Ukraine | 31 % | 28 % | 11 % | 9 % | 7 % | 14 % |
| Aserbaidschan | 26 % | 19 % | 38 % | 11 % | 3 % | 4 % |
| Ägypten | 10 % | 34 % | 32 % | 24 % | 0 % | 0 % |
| Iran | 9 % | 39 % | 14 % | 13 % | 0 % | 25 % |
| Jordanien | 3 % | 8 % | 8 % | 60 % | 0 % | 20 % |
| Palästinensische Gebiete | 1 % | 11 % | 30 % | 55 % | 1 % | 2 % |
| Türkei | 3 % | 8 % | 8 % | 58 % | 1 % | 22 % |
| Nigeria | 12 % | 28 % | 24 % | 15 % | 2 % | 19 % |
| China | 33 % | 42 % | 10 % | 1 % | 1 % | 14 % |
| Indien | 18 % | 26 % | 11 % | 7 % | 13 % | 26 % |
| Indonesien | 4 % | 19 % | 33 % | 13 % | 4 % | 28 % |
| Südkorea | 16 % | 38 % | 33 % | 7 % | 0 % | 5 % |
| Thailand | 6 % | 20 % | 20 % | 6 % | 22 % | 25 % |
| Durchschnitt | 10 % | 22 % | 24 % | 25 % | 3 % | 16 % |
| Russland | 57 % | 23 % | 9 % | 2 % | 1 % | 9 % |
| Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel | | | | | | |
| Frankreich | 14 % | 66 % | 8 % | 5 % | | 7 % |
| Großbritannien | 15 % | 46 % | 11 % | 10 % | 0 % | 19 % |
| Russland | 9 % | 29 % | 16 % | 7 % | 3 % | 36 % |
| Spanien | 8 % | 37 % | 21 % | 9 % | 0 % | 25 % |
| Türkei | 2 % | 6 % | 6 % | 54 % | 2 % | 30 % |

Quelle: http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/jun08/WPO_Leaders_Jun08_quaire_emb.pdf, 16. Juni 2008

Chronik

Vom 10. bis zum 26. Juni 2007

| | |
|-----------|--|
| 10.6.2008 | Das Moskauer Stadtgericht ordnet die Wiederaufnahme des Verfahrens über die Rehabilitierung der Opfer von Katyn an und hebt damit aus Formgründen die Ende Mai in der ersten Instanz ergangene Entscheidung über die Einstellung des Verfahrens auf. |
| 12.6.2008 | Gazprom verlängert seinen Liefervertrag mit einem Import-Joint-Venture, das der BASF-Tochter Wintershall sowie Gazprom selbst gehört, um 13 Jahre bis 2043. In diesem Zeitraum will der Konzern 500 Milliarden Kubikmeter Gas liefern Die jährliche Liefermenge reicht aus, um ca. ein Siebtel des deutschen Gasverbrauchs zu decken. |
| 13.6.2008 | Im Noshaj-Jurtowsker Rayon (Tschetschenien) brennen Untergrundkämpfer drei Häuser nieder und töten drei Personen. Eine weitere Person wird verletzt. |
| 13.6.2008 | Sitzung des NATO-Russland-Rats auf Verteidigungsministerebene. |
| 16.6.2008 | Die in Moskau erscheinende englischsprachige Zeitschrift »eXile« wird geschlossen, nachdem die Sponsoren ihre Unterstützung zurückziehen. Nach einem Artikel von Eduard Limonow hatte die Föderale Agentur für Medien und Kommunikation in der Redaktion eine Inspektion durchgeführt. |
| 16.6.2008 | In Südschetschenien wird ein gepanzertes Fahrzeug der Sicherheitskräfte von einer Panzerfaustgranate getroffen. Eine Passantin wird verletzt. In der Nähe von Grosny wird ein Konvoi der Grenztruppen von Untergrundkämpfern angegriffen. Drei Grenzsoldaten werden getötet, sechs weitere verletzt. |
| 17.6.2008 | In Karabulak (Inguschetien) wird ein Polizeibeamter von Unbekannten an einer Bushaltestelle erschossen. |
| 17.6.2008 | Oleg Mitwol, der Stellvertretende Leiter von Risprirodnadzor, der russischen Umweltschutzbehörde, verliert im Rahmen der Umstrukturierung der Behörde die Aufsicht über Wasser, Wald und Umwelt. Mitwol hatte u. a. beim Entzug von Förderlizenzen im Falle der Region Sachalin eine unklare Rolle gespielt. |
| 18.6.2008 | Die Zeitung »Moskowskij korrespondent«, die nach einer Skandalmeldung über Putins Privatleben von ihrem Herausgeber zunächst geschlossen worden war, erscheint wieder. |
| 18.6.2008 | Die Generalstaatsanwaltschaft hat die Ermittlungen im Mordfall Anna Politkowskaja beendet. Die Behörde gibt bekannt, dass gegen drei Männer wegen Mordes Anklage erhoben wird. Ein vierter Verdächtiger, Pawel Rjagusow, muss sich wegen Erpressung und Amtsmissbrauchs verantworten. Rjagusow war zum Zeitpunkt des Attentates Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB. Wegen Mittäterschaft stehen Ibrahim und Dshabrail Machmudow sowie der Ex-Polizist Sergej Chadschikurbanow vor Gericht. Nach bisherigen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft verübte Rustam Machmudow, ein Bruder der angeklagten Machmudows, den Mord. Der Tschetschene wird seit zehn Jahren in Russland mit Haftbefehl gesucht. |
| 18.6.2008 | Bei den Fußballeuropameisterschaften setzt sich die russische Mannschaft gegen Schweden mit 2:0 durch und gelangt damit ins Viertelfinale. |
| 19.6.2008 | Präsident Dmitrij Medwedjew empfängt den spanischen König Juan Carlos. |
| 19.6.2008 | Die Moskauer Sicherheitsbehörden teilen mit, dass zwischen dem 30.5. und dem 19.6. in der Stadt 53 Kraftfahrzeuge in Brand gesteckt wurden. In diesem Zusammenhang sind zwei Personen verhaftet worden. |
| 21.6.2008 | Bei der Fußballeuropameisterschaft besiegt die russische Mannschaft im Viertelfinale die favorisierte niederländische Mannschaft mit 3:1. |
| 22.6.2008 | Grigorij Jawlinski, bisher Vorsitzender der Partei Jabloko, verzichtet auf sein Parteiamt. Auf dem Kongress der Partei wird Sergej Mitrochin zu seinem Nachfolger gewählt. Er erhält 75 von 125 Stimmen. Auf seine Gegenkandidaten Maksim Resnik und Wasilij Popow entfallen 24 bzw. 20 Stimmen. |

| | |
|-----------|---|
| 22.6.2008 | Präsident Dmitrij Medwedjew ehrt in Brest die Gefallenen des »Großen Vaterländischen Krieges«. Er trifft sich mit dem belorussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und es finden russisch-belorussische Gespräche im erweiterten Kreis statt. |
| 23.6.2008 | Der russische Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow erklärt, dass die russischen Streitkräfte bis zum Jahr 2013 auf eine Million Angehörige reduziert werden sollen; zur Zeit dienen 1,1 Mio. in den Streitkräften. |
| 23.6.2008 | Im Zentrum von Machatschkala (Dagestan) wird der Chef der Sicherheitsbehörden von Bujnaxsk von Unbekannten in seinem PKW erschossen. |
| 24.6.2008 | Präsident Dmitrij Medwedjew empfängt den armenischen Präsidenten Serge Sargsjan in Moskau. |
| 25.6.2008 | Der Stellvertretende Chef des Generalstabes, Generaloberst Wasilij Smirnow, erklärt, dass das Verteidigungsministerium den Plan zur Einberufung von Wehrpflichtigen fast zu 100 % erfüllt habe. Des weiteren äußert er sich zu angeblichen Einberufungen von Studenten im Frühjahr 2008 (in Russland sind Studenten bis zur Beendigung ihres Studiums vom Wehrdienst freigestellt) dahingehend, dass die Wojenkomate (Wehersatzämter) diese Frage mit größerer Aufmerksamkeit behandeln sollten. Interfax meldet hierzu, dass eine Direktive in Vorbereitung ist, die die ungesetzliche Einberufung von Studenten verbietet, die den Abschluss eines Bachelor erlangt und an ihrer Hochschule erfolgreich Kurse am Lehrstuhl für Militärausbildung besucht haben. |
| 25.6.2008 | Der neue Vorsitzende der Partei Jabloko und Mitglied der Moskauer Stadtduma Sergej Mitrochin wird von Beamten des Föderalen Strafvollzugsdienstes zusammengeschlagen. Er hatte Bewohnern des Wohnheims der Fabrik »Smena«, die am Vortag zwangsweise aus dem Wohnheim ausgesiedelt worden waren, geholfen, Türen des Wohnheims aufzubrechen und ihre Sachen wieder in ihre Wohnungen zu tragen. |
| 25.6.2008 | Bei Manövern auf dem Zachwatinskij-Truppenübungsplatz im Fernöstlichen Militärbezirk werden durch die unbeabsichtigte Betätigung der Bordkanone eines Schützenpanzers ein Soldat getötet und 7 weitere verletzt, einer davon schwer. |
| 25.6.2008 | Garri Kasparow, Führer der oppositionellen Vereinigten Bürgerbewegung, verklagt das Kino »Mir« in Moskau auf 1 Mio. Rubel Schadensersatz. Das Kino hatte eine für den 13.12.2007 gebuchte Wahlversammlung der Vereinigten Bürgerbewegung »aus technischen Gründen« abgesagt, auf der Kasparow zum Kandidaten für das Präsidentenamt erklärt werden sollte. Der 18.12.2007 war die von der Zentralen Wahlkommission gesetzte Frist, um die Kandidatur zum Präsidentenamt zu erklären; Kasparow hatte es nicht mehr geschafft, die notwendige Mindestanzahl von 500 Unterschriften hierfür zu sammeln, da er kein Gebäude für eine entsprechende Versammlung anmieten konnte. |
| 25.6.2008 | Im Wedenskij-Rajon in Tschetschenien wird von Truppen des Innenministeriums und Beamten des FSB ein großes Freischärlerlager mit Munition, Medikamenten, Nahrungsmitteln und Kleidung entdeckt, das vermutlich längere Zeit benutzt worden ist. Es werden aber keine Freischärler angetroffen. |
| 26.6.2008 | Human Rights Watch veröffentlicht einen Bericht zum Kampf gegen den Terrorismus und zur Lage der Menschenrechte in Inguschetien, in dem auf zahlreiche Menschenrechtsverletzungen durch die russischen Sicherheitskräfte hingewiesen wird. |

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Abstracts der Beiträge aus Osteuropa 4–5/2008 mit Russlandbezug

Osteuropa 4–5/2008 ist erschienen. Das Themenheft »Grünbuch. Politische Ökologie im Osten Europas« untersucht Umweltprobleme und Umweltpolitik und nimmt Naturbegriff und Umweltgeschichte unter die Lupe: Wie gehen große Treibhausgasemittenten wie Russland mit dem Klimawandel um? Erlebt die Atomindustrie eine Renaissance? Warum spielen erneuerbare Energien keine große Rolle? Wie kann der Raubbau an Naturressourcen (Stichwort: russischer Wald) verhindert werden? 37 Beiträge bieten auf 496 Seiten Antworten. 30 farbige Karten verdeutlichen die Zusammenhänge. Der Band kostet 28,00 Euro. ISBN 978-3-8305-1493-0. Inhalt unter: <http://osteuropa.dgo-online.org/> Bestellungen über osteuropa@dgo-online.org

Das Grünbuch enthält folgende Beiträge über Russland:

Julia Obertreis

Der »Angriff auf die Wüste« in Zentralasien Zur Umweltgeschichte der Sowjetunion

Um die Umweltgeschichte der Sowjetunion zu schreiben, gibt es mehrere Forschungsansätze. Technikkult, ein spezifisches Fortschrittsverständnis und Infrastrukturpolitik müssten mit der ökologischen Diskussion und dem Selbstverständnis verschiedener Expertenlobbys zusammen betrachtet werden. Der Baumwollanbau und die Bewässerungspolitik in Turkmenistan und Usbekistan lassen sich so rekonstruieren. Die 1950er und 1960er Jahre erscheinen als zentrale Phase einer radikalen Moderne, die schnell ökologische und wirtschaftliche Schäden verursachte, aber auch einen sowjetischen Umweltdiskurs hervorbrachte.

Alla Bolotova

Die Geologen: Kolonisatoren am Lagerfeuer Selbstbild und Naturverständnis in der UdSSR

Im Bild des Geologen kristallisierte sich das Verhältnis der sowjetischen Gesellschaft zur Natur. In der frühen UdSSR galten die Geologen als Helden, die die Natur dem Menschen untertan machen. Von revolutionärer Romantik war nicht mehr viel zu spüren, als unter Stalin vor allem Häftlinge auf Expedition in Taiga und Tundra geschickt wurden. In der späten Sowjetunion hatten die klassischen Naturvorstellungen von Schönheit und Freiheit großes Gewicht. So spielten die Geologen eine zentrale Rolle in der sowjetischen Industrialisierungspolitik und waren zugleich eine Keimzelle dissidentischen Bewusstseins. Im postsowjetischen Utilitarismus, aber auch in den neuen russländischen Ökobewegungen lebt ihr zwiespältiges Erbe fort.

Andreas Guski

Die Stimme der Opfer Vom Umgang mit Katastrophen in Russland

Viele Kulturen kennen das Opfer als religiöse Kategorie. Mit der Säkularisierung rückte der Begriff in Europa in die juristische Sphäre. In Russland konnten sich öffentliche Debatten und Opferdiskurse kaum entfalten. Vor allem Umweltkatastrophen, die auf natürliche und soziale Ursachen zurückzuführen sind, wurden unter den Zaren und dem Sowjetregime verschwiegen und heruntergespielt. Unter Präsident Putin setzte sich diese Praxis fort. Doch heute verschaffen sich die individuellen Stimmen der Opfer von Katastrophen mehr Gehör in den digitalen Medien.

Felix Philipp Ingold

Naturraum und Weltbild eines Imperiums Reflexionen zur russischen Metageographie

Auch nach dem Zusammenbruch der UdSSR umgreift die Russländische Föderation das weltweit größte Staatsterritorium. Die Weite des Raums und des russischen Charakters sind zur unabdingbaren Prämisse der »russischen Idee« und zum Generator zahlreicher Metaphernbildungen geworden. Spätestens seit dem Zwist zwischen Slawophilen und Westlern hat sich in Russland ein bis heute andauernder vielstimmiger metageographischer Diskurs entfaltet, der in erster Linie der nationalen Selbstvergewisserung dient.

Vera Meyer

Idyll, Ware, Ökosystem Der Wald in der russischen Literatur

Der Wald ist ein zentrales Motiv der russischen Literatur. In ihm spiegeln sich zeitypische Vorstellungen von der Beziehung zwischen Mensch und Natur. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist der Wald Ort der Selbstfindung des Individuums. Darüber wird er gleichsam selbst zum Individuum. Auf dieser Basis entwickelt sich ein ökologisches Verständnis, das in der Literatur aber erst zum Durchbruch kommt, als der aufkommende Kapitalismus den Wald zur Ware und dann zum Objekt eines rücksichtslosen Raubbaus macht. Obwohl der sozialistische Roman die Aneignung der Natur

durch den Menschen feiert oder den Wald zur Metapher für das Kollektiv macht, verschwindet das Thema Waldschutz nicht aus der Literatur. Offizielle Werke zur Unterstützung der stalinschen Wiederaufforstungskampagne wie auch kritische Romane der Brežnev-Zeit wenden sich gegen die Waldzerstörung.

Aleksej Jarošenko

Angriff auf die grüne Lunge

Der Wald und die Forstwirtschaft in Russland

Ein Viertel der Waldflächen der Welt liegt in Russland. Von diesen Wäldern wiederum wird ein Drittel forstwirtschaftlich genutzt. Die Forstressourcen in den besten Gebieten sind erschöpft, weil mehr geschlagen als wiederaufgeforstet wird. Der Druck wächst, wertvolle Primärwälder für Fällungen freizugeben. Der illegale Holzeinschlag ist ein ernstes Problem. Mindestens 25 Prozent des offiziellen Holzeinschlags werden kriminell gefällt. Begünstigt wird dies durch die Folgen bürokratischer Umstrukturierung. Seit 2005 sind die Wälder faktisch ohne Aufsicht, sind Kompetenzen widersprüchlich und die Mittel für Brandschutz unzureichend. Das Ökosystem Wald ist gefährdet.

Regine Richter, Karsten Smid

Raubbau an der Natur

Ölförderung in Westsibirien und auf Sachalin

Die Welt ist abhängig vom Öl und Russland ist einer der Hauptlieferanten des »Schwarzen Goldes«. Daher verschließen die Verbraucher des fossilen Rohstoffs die Augen davor, dass die Ölförderung in Russland verheerende Folgen für die Umwelt hat. Veraltete Förderanlagen und undichte Pipelines führen dazu, dass jährlich Hunderttausende Tonnen Rohöl im russländischen Boden versickern und Flüsse, Seen und das Grundwasser verseuchen. Bauarbeiten an Bohrseln bei Sachalin gefährden die letzten Pazifischen Grauwale. Obwohl die Ölkonzerne gewaltig von der Produktion profitieren, unternehmen weder sie noch Russlands Regierung etwas gegen die Zerstörung der Natur.

Michael Bradshaw

Kein Rauch ohne Feuer

Der Konflikt um das Ölprojekt Sachalin II

Ein internationales Konsortium unter Führung von *Shell* versuchte, das weltweit größte integrierte Gas- und Ölvorkommen vor der Insel Sachalin auszubeuten. Gegen die Kreditfinanzierung von »Sachalin II« durch internationale Finanzinstitutionen machten NGOs weltweit mobil: Das Projekt verletze grundlegende Umweltstandards. Unterstützung fanden die Umweltschützer plötzlich im Kreml. Dieser entzog dem Konsortium *Sakhalin Energy* die bereits erteilte Umweltgenehmigung. Doch dies könnte ein Pyrrhussieg sein. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass das nun von *Gazprom* kontrollierte Konsortium dem Umweltschutz größere Aufmerksamkeit widmen wird, als es die internationalen Investoren getan hatten.

Vladimir Čuprov

Problemanreicherung

Russlands Uranhexafluorid-Importe

Bei der Urananreicherung fallen weltweit jährlich Tausende Tonnen hochtoxisches, radioaktives Uranhexafluorid an. Dieser Atommüll ist eines der ungelösten Probleme der Nuklearindustrie. Doch Russland naht als Retter: Es betrachtet Uranhexafluorid als Wertstoff, der in Schnellen Brütern eingesetzt werden kann. Diese Reaktoren müssten allerdings erst in großer Zahl gebaut werden. Das ist unrealistisch, weil die Brütertechnologie nicht ausgereift ist, so dass die meisten Staaten sie verworfen haben. Gleichwohl importiert Russland Uranhexafluorid und wird für die teure Entsorgung aufkommen müssen. Abgesehen von den Gefahren bei Transport und Lagerung des Stoffes droht ein finanzielles Fiasko, da aus den Einnahmen für die Aufbereitung des Stoffes keine ausreichenden Rücklagen für die Entsorgung des verbleibenden Atommülls gebildet werden.

Jörg Stadelbauer

Russland und der globale Klimawandel

Auswirkungen, Modelle und Szenarien

Der Klimawandel bringt für Russland große Herausforderungen mit sich. Nach einem mittleren Szenario werden sich die Landschaftszonen verschieben. Die Vor- und Nachteile für die Landwirtschaft werden sich in etwa die Waage halten. Bedrohlicher ist der Rückgang des Permafrostbodens. Dadurch werden zusätzlich Kohlenstoffdioxid und Methan freigesetzt. Auch die Infrastruktur wird gefährdet. Zusatzkosten für den Bau und Unterhalt sind zu erwarten. Russlands Politik und Wirtschaft schenken der Brisanz der Probleme bislang nicht die erforderliche Aufmerksamkeit.

Tobias Münchmeyer

»Weniger Geld für Pelzmäntel«

Ignoranz und Arroganz in Russlands Klimapolitik

Der Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft hatte ein Gutes: Russland konnte danach eine prima Klimabilanz vorweisen, weil die Emission von Treibhausgasen drastisch gesunken war. Doch von einem Musterknaben der Kli-

mapolitik kann nicht die Rede sein. Russland ist hinter den USA und China der drittgrößte Emittent von Treibhausgasen der Welt, die Volkswirtschaft ist so energieintensiv und emittiert soviel CO₂ wie kaum eine zweite, und in Politik und Gesellschaft ist das Wissen über den Klimawandel erschreckend gering. Der Mythos, Russland profitiere vom Klimawandel, ist weit verbreitet. Dabei sind die negativen Folgen und materiellen Kosten bereits heute zu spüren. Eine der zentralen internationalen Herausforderungen ist es, Russland als aktiven Partner für den globalen Klimaschutz zu gewinnen.

Aleksej Grigor'ev, Vladimir Čuprov

Energiezweig Russland

Erneuerbare Energien im Land der ungenutzten Potentiale

Das Potential ist riesig, ausgeschöpft wird es kaum: Erneuerbare Energien spielen in Russland bei der Strom- und Wärmeproduktion fast keine Rolle. Dies liegt zum einen daran, dass der Reichtum an fossilen Energieträgern und die vorhandene Infrastruktur ein energiepolitisches Umdenken nicht notwendig erscheinen lassen. Hinzu kommt, dass dem zentralistischen politischen Denken das Prinzip der dezentralen Versorgung fremd ist, auf dem regenerative Energien beruhen. Mit ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit hat die Energieversorgung Russlands allerdings nichts zu tun.

Michael Krug

Anstoß zur Nachhaltigkeit

Energieversorgung in Kaliningrad

Das Gebiet Kaliningrad gehört zu Russlands dynamischsten Regionen. Der Energieverbrauch steigt kontinuierlich und dieser Trend wird sich fortsetzen. Doch die Versorgung der Exklave mit Strom und Wärme ist durch Abhängigkeit und Engpässe gekennzeichnet. Anstatt die Effizienz der Umwandlung und Nutzung von Energie zu verbessern und so eine ökologisch nachhaltige Energieversorgung zu verfolgen, setzt die Gebietsverwaltung auf den Ausbau der Erzeugungskapazitäten durch Atomkraft oder ökologisch bedenkliche Energieträger wie Kohle und Torf. Ein von der EU gefördertes Projekt versucht, die Entwicklung einer nachhaltigen Energieversorgung auf der regionalen und kommunalen Ebene anzustoßen. Im Vordergrund stehen die effiziente Energieumwandlung und Verteilung sowie die rationelle Energienutzung.

Lutz Mez, Mycle Schneider

Der Mythos der Wiedergeburt

Atomenergie im 21. Jahrhundert

Die Rede von der Renaissance der Atomenergie macht die Runde. In 31 Ländern sind 439 Atomkraftwerke in Betrieb. Sie decken 16 Prozent der globalen Stromerzeugung ab. Das ist weniger als der Beitrag aus erneuerbaren Energiequellen. Zwei Drittel der installierten Atomkraftwerksleistung entfallen auf die USA, Frankreich, Japan und Deutschland, ganze vier Prozent auf Schwellen- und Entwicklungsländer. Bis 2030 müssten 339 Reaktoren ersetzt werden, um die AKW-Leistung von heute am Netz zu haben. Die Branche steht wegen des überalterten Personals, fehlender Ausbildungskapazitäten und der Produktionsengpässe vor kaum löslichen Problemen. Neue Atomkraftwerke sind wegen der Liberalisierung der Stromwirtschaft kaum mehr zu finanzieren. Der behauptete Vorteil beim Klimaschutz ist fraglich. Zumindest in Europa ist die Renaissance der Atomkraft ein Mythos.

Vladimir Slivjak

Zeit zum Abschalten

Russlands Atomindustrie hat unrealistische Ausbaupläne

Nach zwei Jahrzehnten der Stagnation hat Russlands Atomindustrie ihre Wiedergeburt angekündigt. Finanziell scheint dies sogar möglich, da das Ölgeschäft Milliarden in den Staatshaushalt schwemmt. Doch gibt es zahlreiche Hindernisse, die einer Renaissance des Atoms im Weg stehen. Mangelnde Kapazitäten beim Anlagenbau sind noch das geringste. Ein viel größeres Problem sind die gigantischen Altlasten der Atomindustrie, für die es kein überzeugendes Entsorgungskonzept gibt. Sie sind auch der Grund, weshalb der Bau neuer Atomkraftwerke auf einen so großen gesellschaftlichen Widerstand stoßen wird, dass dieser selbst im autoritär regierten Russland nicht zu ignorieren ist.

Weert Canzler, Andreas Knie

Auf dem Weg zur Autogesellschaft

Trends im Personen- und Güterverkehr Osteuropas

Der Verkehrsträger Straße wird künftig auch in Osteuropa dominieren. Die Verkehrsmenge und die Wahl der genutzten Verkehrsmittel folgen dem nordamerikanischen und westeuropäischen Muster. Die nachholende Modernisierung und der wachsende Wohlstand führen in den nächsten Jahrzehnten zu wachsendem Autoverkehr und damit auch zu neuen Infrastruktur- und steigenden Umweltbelastungen. Nur der Güterverkehr in Russland bildet eine Ausnahme. Bis 2020 wird er sich verdoppeln, doch primär von der Bahn abgewickelt werden.

Viktorija Bitjukova, Ekaterina Sokolova

Vor dem Kollaps

Moskaus verkehrter Verkehr

Moskau erstickt im Verkehr. Der rasante Zuwachs an Autos hat zu einer völligen Überlastung der Straßen geführt. Die Folge ist eine extrem hohe Schadstoffbelastung der Luft. Hinzu kommen Lärm und Bodenkontamination mit Schwermetallen. Die Situation wird durch die Hyperzentralisierung und das ungünstige Straßennetz verschlimmert. Die sternförmig vom Zentrum ausgehenden Ausfallstraßen werden nur durch wenige Ringe verbunden. Dies macht die Wege lang, insbesondere wo Gleiskörper oder Industriegebiete Querverbindungen im Weg stehen. Doch statt den öffentlichen Nahverkehr zu stärken, baut die Stadt immer neue Straßen, die alsbald durch noch mehr Autos wieder verstopft sind. Nicht einmal von dem Ringsystem hat sich die Verkehrsplanung abgewandt.

Jochen Lamp

Die Ostseepipeline

Ein transnationales Infrastrukturprojekt als Prüfstein internationaler Umweltstandards

Die von der Gesellschaft *Nord Stream* geplante Erdgaspipeline durch die Ostsee ist nicht nur politisch umstritten. Sie ist auch eine umweltpolitische Herausforderung. Umweltschäden können bei der Querung von Schutzgebieten oder durch tiefgreifende Bodenveränderungen entstehen. Welches Risiko militärische und chemische Altlasten auf dem Ostseegrund darstellen, ist ebenfalls noch nicht geklärt. Vor dem Bau der Pipeline wird eine staatenübergreifende Umweltverträglichkeitsprüfung nach der Espoo-Konvention durchgeführt. Dieses Verfahren sorgt für hohe Transparenz. Ob die Ergebnisse der Studie nachvollziehbar sein und mögliche umweltpolitische Bedenken auch Konsequenzen nach sich ziehen werden, ist noch offen. Anlass zur Skepsis gibt, dass bereits Zuleitungen und Fertigungswerke für die Pipeline gebaut werden, obwohl der Umweltbericht noch gar nicht vorliegt.

Martin Müller

Schutzgebiete in Russland

Katalysatoren nachhaltiger Entwicklung?

Schutzgebiete sollen Natur bewahren sowie eine ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung fördern. Seit den 1990er Jahren engagieren sich Schutzgebietsverwaltungen in Russland in der Umweltbildung und im Tourismus. Die Einbindung der lokalen Bevölkerung in das Schutzgebietsmanagement gewinnt an Bedeutung. Administrative Reformen unter Putin haben jedoch den Status der Schutzgebiete entwertet. Sie müssen sich als wirtschaftliche Unternehmen beweisen und geraten zunehmend unter Erschließungsdruck.

Antonina Kuljasova

Russlands globaler Wald

Waldzertifizierung als Schutz vor Raubbau

Die Globalisierung hat die Taiga erreicht. Das Holz der borealen Wälder Russlands ist auf dem Weltmarkt ein begehrtes Gut. Wo der Staat schwach ist und die Korruption blüht, sind einzigartige Urwälder von Raubbau bedroht. Die Öffnung der Grenzen hat aber auch positive Seiten. Multinationale Holzkonzerne stehen unter der Beobachtung internationaler NGOs. Auch nehmen ihnen viele Kunden nur dann Holz ab, wenn sie mit einem Zertifikat nachweisen können, dass der Einschlag ökologische und soziale Nachhaltigkeit gewährleistet. Diese Waldzertifizierung dient nicht nur dem Naturschutz, sie stärkt auch die Zivilgesellschaft in Russland.

Geir Hønneland

Kooperation an der Barentssee

Umweltschutz zwischen Russland und Norwegen

In der Barentsregion gibt es Konflikte wegen ökologischer Fragen zwischen Norwegen und Russland. Da geht es um Fangquoten und die Ausrüstung der Fischerei, die Überfischung der Kabeljaubestände, die Sanierung der radioaktiven Altlasten der sowjetischen Nordflotte auf der Kola-Halbinsel bis zu CO₂-Emissionen und Nuklearsicherheit. Um diese Konflikte zu regeln, arbeiten die Staaten bilateral und in transnationalen Foren wie der *Euroarktischen Barentsregion* zusammen. Die Resultate des grenzüberschreitenden Umweltschutzes sind durchwachsen. Das erratische Agieren der russländischen Umweltbehörde und deren Zerschlagung unter Putin schränkt die Handlungsfähigkeit der umweltpolitischen Kräfte in Russland ein und schwächt die Kooperation.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de